

Fortschritt durch Rücksicht – Wegweiser zu einer solidarischen Gesellschaft

Carsten Stahmer

Die Zeit ist die Substanz, aus der ich gemacht bin, die Zeit ist ein Fluss, der mich davonreißt, aber ich bin der Fluss; sie ist ein Tiger, der mich zerfleischt, aber ich bin der Tiger; sie ist ein Feuer, das mich verzehrt, aber ich bin das Feuer.

(Jorge Luis Borges, Neue Widerlegung der Zeit, in: Geschichte der Ewigkeit, Hanser: München 1965, S. 176.)



Hauptweg und Nebenwege (Paul Klee 1929)

Gliederung

1. Sand gegen den Wind?
2. Dialektik des Fortschritts: Notwendigkeit geordneter Rückzüge
3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Zwangsgemeinschaft oder Wahlverwandtschaft?
4. Wegweiser zu einer solidarischen Gesellschaft
 - 4.1 Erwerbsarbeit teilen - Arbeitsplätze für alle Erwerbsfähigen
 - 4.2 Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit
 - 4.3 Gleiche Teilhabe der Geschlechter an bezahlter und unbezahlter Arbeit
 - 4.4 Soziale Netzwerke stärken
 - 4.5 Kleine und mittlere Unternehmen der Region unterstützen
 - 4.6 Motorisierte Mobilität verringern
 - 4.7 Berufliche und soziale Kompetenzen steigern
5. Ausblick: Freundschaftlicher Zusammenhalt

Literaturverzeichnis

Vorläufige Fassung, Stand Juni 2012. Bitte bis zur Veröffentlichung nicht an Dritte weitergeben oder zitieren ohne Zustimmung des Autors.

Mein besonderer Dank gilt Heinz Dieterich, der mich anregte, über Zukunftsbilder einer solidarischen Gesellschaft zu schreiben.

1. Sand gegen den Wind?

„Wie sehr die Menschen sich mühten, nachdem sich einige Hunderttausend von ihnen auf einem kleinen Raum angesammelt hatten, die Erde, auf der sie sich drängten, zu verunstalten, wie sehr sie den Boden mit Steinen zu ramnten, damit nichts darauf wüchse, wie eifrig sie ihn von jedem hervorbrechenden Gräschen reinigten, wie sehr sie mit Steinkohlen, mit Erdöl die Luft verpesteten, wie immer sie die Bäume beschnitten, alle Tiere und Vögel verjagten – der Frühling war Frühling, sogar in der Stadt. Die Sonne wärmte, das junge Gras wuchs, grünte überall, wo immer man es nicht weggekratzt hatte, nicht nur auf den Rasenstücken der Boulevards, sondern auch zwischen den Steinplatten; Birken, Pappeln, Traubenkirschen entfalteten ihre klebrigen, duftigen Blätter! Die Linden schwellten ihre berstenden Knospen; Dohlen, Spatzen und Tauben bereiteten schon frühlingshaft-fröhlich ihre Nester; und Bienen und Fliegen summten, von der Sonne erwärmt, an den Wänden. Fröhlich waren die Pflanzen, die Vögel, die Insekten, die Kinder. Nur die Menschen, die großen, erwachsenen Menschen hörten nicht auf, sich selbst und einander zu betrügen und zu quälen. Die Menschen glaubten, dass nicht dieser Frühlingsmorgen heilig und wichtig sei, nicht diese Schönheit der Gotteswelt, die zum Heil aller Wesen erschaffen ist, die Schönheit, die zum Frieden, zur Eintracht, zur Liebe geneigt macht – sondern heilig und wichtig war, was sie selbst ausgedacht hatten, um übereinander zu herrschen (Tolstoi 1958, S. 7)“ Mit diesem Bild beginnt der letzte der großen Romane von Leo N. Tolstoi mit dem deutschen Titel *Auferstehung*. Er schrieb an dem Roman in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts und veröffentlichte ihn 1899.

Wenn Tolstoi die Zeit von 1899 bis heute hätte erleben können, so dürfte sein Urteil nach mehr als hundert Jahren noch pessimistischer ausgefallen sein. Zwei Weltkriege, der Holocaust und vielfache Vertreibungen von ganzen Völkern haben vor allem die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt, auch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durch immer wiederkehrende regionale Kriege geprägt. Durch die Entwicklung der Atombombe besteht die stets drohende Gefahr, dass die Menschheit in weiten Teilen ausgelöscht wird, auch die kommerzielle Nutzung der Kernenergie hat Risiken früher undenkbar Ausmaßes geschaffen. Die fortschreitende weltweite Umweltzerstörung und der Raubbau an natürlichen Ressourcen haben nicht nur zu einer zunehmenden Anzahl von

Naturkatastrophen geführt, sondern auch die Lebensgrundlagen der schnell wachsenden Weltbevölkerung wesentlich beeinträchtigt. Auch die anhaltende Diskussion über eine umweltverträgliche Lebensweise hat bisher nicht zu dem nötigen grundlegenden Wandel der Wirtschaftsweise geführt. Der Turbokapitalismus sorgt inzwischen dafür, dass auch nationale Regierungen immer weniger Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen haben (siehe Altvater et al. 1997). Die virtuelle Welt der Finanzmärkte entscheidet über die Schicksale von Ländern, ohne dass die betroffene Bevölkerung die eigentlichen Verursacher dingfest machen kann.

Viel spricht dafür, dass Walter Benjamin mit seiner Ansicht über den Fortschritt Recht hat, die er in seiner neunten *geschichtsphilosophischen These* äußerte, die er kurz vor seinem Selbstmord 1940 auf der Flucht vor den Nazis niederschrieb. Er geht von einem Bild von Paul Klee aus, das er 1921 erworben hatte: „Es gibt ein Bild von *Klee*, das *Angelus Novus* heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm (Benjamin 1961, S. 272f.).“¹

In der Einleitung zu meinem Aufsatz *Verwehte Engel*, den ich 2000 auf dem 2. Weimarer Kolloquium über nachhaltige Wirtschaftsentwicklung hielt, habe ich die Äußerungen von Walter Benjamin über den *Angelus Novus* folgendermaßen kommentiert: „Der Traum von einer nachhaltigen Gesellschaft ist zugleich auch der Blick auf das verlorene - und wie wir hoffen - wiederkehrende Paradies. Ein friedliches Leben der Menschen

¹ Benjamin 1961, S. 272f. Zur Fortschrittsdiskussion siehe die Überblicksartikel von Koselleck 1975, Koselleck, Meyer 1975 und Ritter 1972 sowie den geschichtlichen Überblick von Rapp 1992. Siehe auch Stahmer 2006a, Teil II.

miteinander und in Harmonie mit der Natur hat es vielleicht seit der Vertreibung aus dem Paradies nicht mehr gegeben. Seit dem Genuss der Frucht vom Baum der Erkenntnis werden wir fortgeweht zu neuen technischen Errungenschaften, die uns aber von dem Ziel eines sozialen und ökologischen Ausgleichs immer weiter zu entfernen scheinen. Als Helfershelfer der Entropie häufen wir Trümmer auf Trümmer unserer Zivilisation und merken nicht, wie es immer schwerer wird, die ursprüngliche Einheit wiederherzustellen. Vielleicht werfen wir mit unseren Ideen von einer nachhaltigen Gesellschaft wirklich nur *Sand gegen den Wind*, wie in China vergebliche Anstrengungen genannt werden. Der Sturm des Fortschritts trägt uns auf jeden Fall immer weiter weg vom Anblick des Paradieses. Aber anderen davon zu erzählen, was wir sehen, kann auch eine wichtige Aufgabe sein und vielleicht sind wir dann in der Lage, uns gemeinsam gegen den Wind stemmen zu können.“² Ganz ähnlich gibt uns Max Horkheimer in einem Interview mit Gerhard Rein (1972/1976) den Ratschlag: „Theoretisch Pessimist und praktisch Optimist sein, das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen (Horkheimer 1985, S. 467).“

Mut zu dieser Haltung kann uns ein gleichgesinnter, solidarischer Freundeskreis geben. Aber wir stehen nicht allein. Erstaunlich ist eine Meinungsumfrage, die von der Zeitschrift *Focus* veröffentlicht wurde: „Neun von zehn Deutschen wünschen sich eine neue Wirtschaftsordnung, in der Umwelt und Soziales die eigentliche Rolle spielen – und sind bereit, dafür Wohlstand zu opfern. Drei Viertel der Bürger würden sich mit einem geringeren Zuwachs an materiellem Wohlstand abfinden, wenn dadurch die Umwelt für künftige Generationen besser erhalten und die öffentliche Verschuldung gesenkt werden könnten. Das ergab eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh). Einen Wohlstand, der durch Schädigung der Umwelt oder hohe Staatsverschuldung erkaufte wird, lehnen mehr als 80 Prozent ab. Die eigentlichen Quellen persönlicher Lebensqualität, so zeige die Umfrage, seien überwiegend immaterieller Natur, hieß es. ‘Gesundheit’ (80 Prozent), ‘eine intakte Familie und Partnerschaft’ (72 Prozent), ‘sein Leben selbst zu bestimmen’ (66 Prozent)

² Stahmer 2001, S. 58f. *Sand gegen den Wind* ist ein chinesisches Sprichwort, das von Barbara Tuchman als Titel ihres 1970 erschienenen Buches über *General Stilwell und die amerikanische Politik in China 1911 – 1945* (Fischer Taschenbuch Nr. 4388, Fischer: Frankfurt a. M. 1988) ausgewählt wurde.

und ´das friedliche Zusammenleben mit Menschen´ sowie ´soziales Engagement´ (58 Prozent) werden mit Abstand für wichtiger gehalten, als ´Geld und Besitz zu mehren´ (12 Prozent) (Focus, 18.08.2010).“

Die Frage stellt sich, welchen Gegenentwurf wir der vorherrschenden Wachstumsideologie entgegensetzen können. Viele Vorschläge erscheinen schon deshalb utopisch, weil sie nicht als zumindest denkbare Fortsetzung unserer bisherigen Entwicklung erscheinen. Aber auch dort, wo Trendberechnungen auf längerfristigen Datenreihen beruhen, dient die Vergangenheit oft nur als „Stützbereich“ für Prognosen. Die weitergehende Frage, ob wir nicht auch aus unserer Geschichte lernen, ja ob wir uns nicht Elemente unserer Vergangenheit sogar als Vorbild nehmen sollten, wird nicht gestellt. Dabei sollten wir uns die geübten Rallyefahrer zum Vorbild nehmen, die gleichzeitig das Gas- und Bremspedal bedienen, um nicht aus der Kurve getragen zu werden.

Erst wenn wir diese Fähigkeit entwickeln, kann sich in uns das zwanghafte Wachstumsdenken lockern, das wir alle durch die Ökonomisierung unserer Gesellschaft bereits verinnerlicht haben. Der sture hoffnungsvolle Blick nach vorne hat uns vergangenheitslos und das heißt auch heimat- und herkunftslos gemacht. Damit werden wir aber allzu leicht zu haltlosen Spielbällen der herrschenden Kräfte, die uns unsere wahren Bedürfnisse nur noch in der Phantasie mit Hilfe der „Bewusstseins-Industrie“ befriedigen lassen und uns dadurch auch „ruhig zu stellen“ versuchen.³

Mit der nötigen Rückbesinnung gewinnt auch der Begriff der Tradition einen neuen, zukunftsweisenden Aspekt (siehe Stahmer 2010). Diese Neuorientierung kommt in dem Beitrag von Bernd Auerochs über *Tradition als Grundlage und Präfiguration von Erfahrung* zum Ausdruck: „Menschliche Gesellschaften müssen sich sowohl materiell wie symbolisch reproduzieren können, um ihre Fortexistenz in der Zeit zu garantieren. Die symbolische Reproduktion stellt Gesellschaften die Aufgabe, ihre kulturellen Gehalte, ihre Praktiken, Sprachen, Institutionen, Normen, Werke von früheren Generationen aufzunehmen und an die nächste Generation weiterzugeben. Hierzu bedarf es, neben dem unverzichtbaren Beistand der

³ Siehe dazu den grundlegenden Beitrag von Hans Magnus Enzensberger (Enzensberger 1962). Siehe auch Stahmer 2010, Abschnitt 3: Vermittlung von Phantasiewelten – Geheime Verführer und Traumfabriken.

Natur, auch eigener 'kultureller Strategien der Dauer' (A. Assmann): Überlieferungsprozessen, Traditionen (Auerochs 2004, S.24).“

In früheren Zeiten bewirkten Traditionen in der Regel zwar eine größere Stabilität der Lebensweisen, gleichzeitig aber häufig auch ihre Fixierung und Einengung. Diese restriktive Funktion der Tradition hat sich in unserer heutigen Gesellschaft, die ganz auf Wachstum und ständigen Wandel setzt, stark abgeschwächt: „In der Moderne steht man ... vor der paradoxen Aufgabe, Errungenschaften, die häufig genug in antitraditionalistischer Einstellung gewonnen wurden, selbst Kontinuität zu sichern. Und es müssen selbstverständlich die zentralen Funktionen von Traditionen (Handlungsorientierung, Identitätsstiftung) weiter erfüllt werden (Auerochs 2004, S.30).“ Entsprechend definiert Alida Assmann Tradition „als eine auf Dauer gestellte kulturelle Konstruktion von Identität. Diese Dauer muss permanent der Zeit als Dimension des Abbruchs, des Vergessens, der Veränderung, der Relativierung abgerungen werden (Assmann 1999, S. 90).“

Mitte der 90er Jahre begann ich Material zu sammeln für eine gemeinsame Betrachtung von vergangener und zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung. Ich nannte diese Herangehensweise das *Janus-Prinzip* (siehe das nur im Internet verfügbare Buchmanuskript Stahmer 2006a). Janus hat als römischer Gott des Eingangs dem ersten Monat im Jahr seinen Namen gegeben. Insofern verkörpert er zunächst vor allem den Blick nach vorn, in die Zukunft. Mit seinem Doppelgesicht schaut er allerdings auch zurück in die Vergangenheit. Nach meiner Interpretation vermittelt uns Gott Janus folgende Empfehlung: Eine lebenswerte Zukunft ist nur möglich, wenn wir gleichzeitig das Erhaltenswerte unserer Herkunft bewahren. Nicht wenige Entwicklungsmöglichkeiten, die auf den ersten Blick als Rückschritt erscheinen, könnten sich als eigentlicher Fortschritt entpuppen. Erst wenn wir diese Dialektik begreifen, können wir aus meiner Sicht nachhaltige gesellschaftliche Konzepte entwickeln und uns endgültig von einem tief verwurzelten, blinden und unreflektierten Fortschrittsglauben verabschieden.

Dem Buch über das Janus-Prinzip gab ich den Untertitel *Fortschritt durch Rücksicht*, um einen ersten Hinweis auf den konkreten Inhalt dieses Prinzips zu geben. Das im Untertitel verwendete Wort *Rücksicht* erschien mir am passendsten, umfasst es doch sowohl den nötigen Blick in die Vergangenheit als auch die zentrale Forderung der Rücksichtnahme im Sinne einer solidarischen Gesellschaft. Dabei sind zeitlicher Rückblick und

Rücksichtnahme miteinander verschränkt. Die Suche nach geeigneten Konzepten der Rücksichtnahme führt automatisch zu einer detaillierte Analyse früherer Formen des Zusammenlebens.

Bei dem nötigen Rückblick empfiehlt es sich, uns in die Lektüre der Klassiker des europäischen und vor allem des fernöstlichen Denkens zu vertiefen. Das Thema meines Beitrags hat mich angeregt, immer wieder auf Zitate aus ihren Schriften zurückzugreifen. So wie die Wellen auch bei Flut zurückweichen, um dann mit verstärkter Kraft zurückzukommen, so kann uns der Rückbezug auf vergangenes Denken den nötigen Schwung zu kreativen Gedanken für eine zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft geben.

In Abschnitt 2 dieses Beitrages gehe ich auf die Bedeutung der Vergangenheit für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft ein. Abschnitt 3 beschäftigt sich mit der Frage, ob wir einer Gesellschaft, die auf einem rücksichtsvollen Miteinander der Gesellschaftsmitglieder beruht, realistische Chancen geben können. In Abschnitt 4 werden an Hand von sieben konkreten Zielgrößen einige „Wegweiser“ zu einer solidarischen Gesellschaft aufgestellt. Sie sollen verdeutlichen, in welcher Weise Rücksichtnahme und Rückbesinnung die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung bestimmen könnten.

Dabei sind allerdings keine abschließenden Vorschläge zu erwarten. Der Ansatz des Janus-Prinzips ist für mich ein völlig offenes Gedankenexperiment, das einer weiteren intensiven wissenschaftlichen Diskussion bedarf. Der vorliegende Beitrag kann dazu nur erste Anregungen geben.

2. Dialektik des Fortschritts: Notwendigkeit geordneter Rückzüge

Trotz Wirtschaftswachstums haben in den letzten Jahrzehnten die Staatsverschuldung der westlichen Industrienationen und die ökologischen Folgen unseres Handelns dramatisch zugenommen. Öffentlichkeit und Politik stehen dieser Entwicklung zunehmend ratlos gegenüber.

Der Zauberbesen schöpft weiter rastlos Wasser, obwohl schon alles überschwemmt ist. Vergeblich klagt der Zauberlehrling in Goethes gleichnamigem Gedicht (1797) (Goethe 1988, S. 874ff.):

„Die ich rief, die Geister werd ich nun nicht los.“

In einem Brief am 6. Juni 1825 an seinen Freund Carl Friedrich Zelter beschreibt Goethe erstaunlich hellichtig die Gefahren der Beschleunigung des menschlichen Handels durch den technischen Fortschritt. Seine Bemerkungen erscheinen wie ein Kommentar zum Zauberlehrling und sind heutzutage noch genauso aktuell: „Junge Leute werden viel zu früh aufgeregert und dann im Zeitstrudel fortgerissen; Reichtum und Schnelligkeit ist was die Welt bewundert und wornach jeder strebt; Eisenbahnen, Schnellposten, Dampfschiffe und alle möglichen Fazilitäten der Kommunikation sind es worauf die gebildete Welt ausgeht, sich zu überbieten, zu überbilden und dadurch in der Mittelmäßigkeit zu verharren (Goethe 1991, S. 851).“

Es erscheint in dieser Situation notwendig, im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft die vorherrschende Beschwichtigungspolitik aufzugeben und neue Wege zu beschreiten, die auf den ersten Blick radikal erscheinen, die sich aber bei näherem Hinsehen als altvertraute Pfade herausstellen (siehe Stahmer 2004).

Unsere Gesellschaft hat – ohne dass es uns bewusst wurde – vor etwa fünfzig Jahren eine Blütezeit erlebt, die für unsere Zukunftsplanung in mancher Hinsicht Vorbildcharakter haben könnte.⁴ In der Bundesrepublik gab es damals Staatsguthaben statt Staatsschulden, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Außenhandelsgleichgewicht und relativ wenige Fürsorgeempfänger.⁵ Auch der motorisierte Individualverkehr, der Güterverkehr mit Lastkraftwagen und der Flugverkehr waren noch gering, entsprechend niedriger fielen die damit verbundenen Umweltbelastungen aus (siehe hierzu auch die Abschnitte 4.5 und 4.6 dieses Beitrages). Der materielle Lebensstandard war zwar eher bescheiden, kann aber doch als ausreichend angesehen werden. Durch Rückbesinnung auf diese Zeit und eingehendere Analysen der damaligen Lebensverhältnisse würde sich uns eine Chance eröffnen, mit einer wahrhaft konservativen, d.h. auf Erhaltung ausgerichteten Politik gleichzeitig ökologischen und sozialen Anliegen gerecht werden zu können.

⁴ Ludwig Erhard hat damals als einer der Wenigen die Situation erkannt und vor weiterem ungezügelterm Wachstum gewarnt. Damals wurden seine Maßhalte-Appelle eher belächelt. Siehe Erhard 1988.

⁵ Siehe dazu auch Pfister 1995 mit einer ähnlichen Analyse für die Schweiz.

Natürlich bedeutet das nicht, dass wir uns alle Lebensverhältnisse der damaligen Zeit zum Vorbild nehmen sollten. Wir sind heilfroh, dass sich die verklemmte Sexualmoral der damaligen Zeit verflüchtigt hat. Auch auf den in den 50er Jahren immer noch wabernden „braunen“ Geist können wir gerne verzichten. Ebenso wollen wir natürlich auch nicht auf die in der Zwischenzeit erzielten technischen Fortschritte verzichten, soweit sie eine umweltfreundlichere Produktions- und Lebensweise ermöglichen.

Falls wir uns selbst umweltverträglich verhalten wollen und dabei den Entwicklungs- und Schwellenländern ein gleiches Maß an Umweltnutzung zubilligen, wäre es nach Ansicht vieler Experten nötig, dass unser Umweltverbrauch auf etwa ein Zehntel sinkt. Zur Unterstützung dieser Idee wurde in den Neunziger Jahren von bekannten Umweltforschern der Faktor-Zehn-(Fan)-Club gegründet (siehe Schmidt-Bleek 1997). Durch Einsatz modernster Umwelttechnik könnte es uns nach Meinung von Ernst-Ulrich von Weizsäcker aber nur gelingen, bei gleichbleibendem Wirtschaftsniveau die Umweltnutzung bis auf ein Viertel zu verringern, d.h. die Ökoeffizienz auf das Vierfache zu steigern (Faktor Vier) (siehe Weizsäcker et al. 1996). Müssten wir nach der ersten These vom zehnten Stock unseres Lebenshaltungsniveaus hinunter bis zum ersten Stock, um den Umweltverbrauch entsprechend einzuschränken (reine Suffizienzlösung), so würde uns der Einsatz modernster Produktionsverfahren wieder den Aufstieg in die vierte Etage ermöglichen (kombinierte Suffizienz- und Effizienzlösung). Unseren alten Lebensstandard könnten wir dann zwar nicht halten, ein umweltverträgliches Konsumniveau läge aber immerhin noch bei etwa vierzig Prozent des gegenwärtigen. Das wären immer noch mehr Konsumgüter, als wir nach dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit Anfang der sechziger Jahre zur Verfügung hatten.

Statt Schocktherapie ist natürlich ein allmählicher Übergang angezeigt, um wieder auf das Wirtschaftsniveau früherer Jahre zu schrumpfen. Der Zeitraum der Rückentwicklung würde sich sicherlich zumindest so lange erstrecken wie die zurückliegende Wachstumsphase.

Eine verminderte materielle Versorgung müsste dabei nicht unbedingt mit einem Verlust an Lebensqualität bezahlt werden. Immaterielle Werte, wie Zufriedenheit und Spaß am Leben, könnten wieder stärker zur Geltung kommen, wenn wir die Sisyphusarbeit des „Immer mehr“ aufgeben würden (Siehe BUND, Misereor 1996 und BUND, Brot für die Welt 2008).

Dazu könnte uns eine neue Sichtweise auf materielle Güter verhelfen, wie sie Hans Magnus Enzensberger, der dienstälteste Kritiker der bundesrepublikanischen Gesellschaft, in einem Essay im SPIEGEL (siehe DER SPIEGEL 1996) entwickelt hat. Für Enzensberger ist der Trend zu luxuriösen Konsumgütern „out“: „In den Jahren des Booms hat der private Luxus, kaum bemerkt von seinen Feinden, eine unerwartete und fatale Wendung genommen. Er hat sich zu Tode gesiegt ... Die Massenproduktion (von Markenartikeln C.S.) hat ihm zugleich seinen größten Triumph und seinen Untergang bereitet (Enzensberger 1996, S. 114 – 116).“ Exklusive Güter können heutzutage nur noch „Zuhälter, Gangster und Drogenbarone“ schmücken. Die Belohnung für den Luxus, der Neid der Zuschauer, ist weitgehend abhandengekommen; zur Schau gestellter Luxus wird eher abfällig betrachtet.

Was kann nach Meinung von Enzensberger an seine Stelle treten? „Knapp, selten, teuer und begehrenswert sind im Zeichen des wuchernden Konsums nicht schnelle Automobile und goldene Armbanduhren, Champagnerkisten und Parfüms, Dinge, die an jeder Straßenecke zu haben sind, sondern elementare Lebensvoraussetzungen wie Ruhe, gutes Wasser und genügend Platz. Merkwürdige Verkehrung einer Logik der Wünsche: Der Luxus der Zukunft verabschiedet sich vom Überflüssigen und strebt nach dem Notwendigen, von dem zu befürchten ist, dass es nur noch den Wenigsten zu Gebote stehen wird. Das, worauf es ankommt, hat kein Duty Free Shop zu bieten (Enzensberger 1996, S. 117).“

Enzensberger nennt sechs Formen des „neuen“ Luxus (Enzensberger 1996, S.117 – 118):

1. Das wichtigste Luxusgut ist die *Zeit*. Die Menschen werden durch die vielfältigen Abhängigkeiten versklavt. Wer über seine Zeit sinnvoll verfügen kann und sie auch, falls gewünscht, entschleunigen, verlangsamen kann, lebt im Luxus.⁶
2. Der Medienkonsum verführt dazu, unsere Aufmerksamkeit nicht mehr auf das zu richten, was wir selber sehen, hören, fühlen und wissen wollen. Vielmehr wird uns ein „Fertigmenü“ an Eindrücken serviert, dem wir uns

⁶ Siehe hierzu die Ausführungen von Fritz Reheis in seinem Buch *Die Kreativität der Langsamkeit – Neuer Wohlstand durch Entschleunigung* (Reheis 2008).

nur schwer entziehen können. Diejenigen, die das schaffen, besitzen das Luxusgut *Aufmerksamkeit*.⁷

3. Das dritte Luxusgut ist für Enzensberger der *Raum*. „Was für die Ökonomie der Zeit der Terminkalender, ist für die des Raums der Stau Was fehlt, ist jener Überfluss an Platz, der die freie Bewegung überhaupt erst möglich macht. Heute wirkt ein Zimmer luxuriös, wenn es leer ist (Enzensberger 1996, S. 118).“
4. Um dem allgegenwärtigen Krach zu entkommen, muss man einen erheblichen Aufwand treiben. Den Luxus der *Ruhe* genießt, wer der Lärmberieselung entfliehen kann.
5. Auch in einer intakten natürlichen *Umwelt* zu leben, wird zunehmend schwieriger. Möglichkeiten des Rückzuges zu unberührter Natur bzw. wenigstens zu sauberer Luft werden immer knapper.
6. Das Luxusgut, das heutzutage vielleicht am schwierigsten zu erlangen ist, ist die *Sicherheit*. Die Branche der Sicherheitsdienste erlebt deshalb Hochkonjunktur.

Für Enzensberger ergibt sich aus diesen „Mutmaßungen“ eine Kehrtwende, die nicht ohne Ironie ist. Sollten sich seine Vermutungen über die weitere Entwicklung bestätigen, „dann liegt die Zukunft des Luxus nicht wie bisher in der Vermehrung, sondern in der Verminderung, nicht in der Anhäufung, sondern in der Vermeidung. Der Überfluss tritt in ein neues Stadium ein, indem er sich negiert ... Minimalismus und Verzicht könnten sich als ebenso selten, aufwendig und begehrt erweisen wie einst die ostentative Verschwendung (Enzensberger 1996, S.118).“

Für alle Wachstumsgläubige erscheint die Idee von kontrollierten Schrumpfungsprozessen der materiellen Versorgung schrecklich. Dass wir möglicherweise nur durch Rückschritte Fortschritte erzielen können, ist dem modernen Menschen ganz fremd geworden. Als sehr hilfreich stellt es sich heraus, wenn wir mutig in den „Brunnen der Vergangenheit“⁸ hinabsteigen und dort zu unserer Überraschung Anregungen auch für die Zukunft gewinnen.

⁷ Siehe hierzu auch das Buch von Christoph Türcke *Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur* (Türcke 2012).

⁸ „Tief ist der Brunnen der Vergangenheit. Sollte man ihn nicht unergründlich nennen?“ So beginnt der 1933 erschienene erste Teil des großen Romans „Joseph und seine Brüder“ von Thomas Mann (Mann 1964, S. 7).

Die dialektische Verflechtung von Rückzügen und Fortschritten wurde bereits vor fast dreitausend Jahre in China diskutiert. In dem ältesten uns erhaltenen philosophischen Werk der chinesischen Kultur, dem *I Ging* (Buch der Wandlungen, siehe I Ging 1993), wird das „Zusammenspiel gärender Kräfte“ gezeigt, „die in ihrer wahren Fülle der Ordnung und der Dauer widersprechen“; die Welt des *I Ging* ist voll „ungerichteter Dynamik“ und „chaotischen Wandels“ (Wilhelm 1995, S. 36). Die Zeit (*Schi*) spielt in diesem Werk eine besondere Bedeutung. „Das Verhältnis, in dem die Person zu einer begriffenen Zeit steht, kann Aufgabe sein oder Fügung. Das heißt, dass man sich in gewissen Situationen zurzeit richtig (oder falsch) stellen kann, in anderen aber die Zeit als Schicksal hinnehmen muss. Das vorteilhafteste Verhältnis zu der Zeit ist natürlich Harmonie (Wilhelm 1995, S. 26).“

Das *I Ging* umfasst 64 Bildzeichen, die jeweils aus sechs Strichen zusammengesetzt sind. Jeder dieser Striche kann ungeteilt (fest, hell, männlich, chin. *yang*) oder geteilt (weich, dunkel, weiblich, chin. *yin*) sein. Außerdem können sich diese Striche unter bestimmten Bedingungen wandeln (von einem ungeteilten zu einem geteilten oder umgekehrt). Damit verwandelt sich auch das Bildzeichen zu einem neuen (siehe I Ging 1993, S. 295 und 336ff.).

Das 33. Bildzeichen des *I Ging* ist *Dun*, der Rückzug. „Die Kraft des Schattigen ist im Aufsteigen begriffen. Das Lichte zieht sich vor ihr in Sicherheit zurück, so dass jene ihm nichts anhaben kann. Es handelt sich bei diesem Rückzug nicht um menschliche Willkür, sondern um Gesetze des Naturgeschehens. Darum ist in diesem Fall der Rückzug die richtige Art des Handelns, die die Kräfte nicht aufreißt (I Ging 1993, S.131).“

Der Rückzug wird folgendermaßen kommentiert: „Beim Rückzug handelt es sich für den höheren Menschen darum, dass er in aller Freundlichkeit und gerne Abschied nimmt. Der Rückzug fällt ihm auch innerlich leicht, weil er auf diese Weise seiner Überzeugung keine Gewalt anzutun braucht (I Ging 1993, S. 133).“

Hat sich der vierte Strich (von unten gezählt) gewandelt, so erhält man das 53. Bildzeichen *Dsiën*, die Entwicklung (Allmählicher Fortschritt). „Das Zeichen besteht aus *Sun* (Holz, Eindringen) oben bzw. außen und *Gen* (Berg, Stille) unten bzw. innen. Ein Baum auf dem Berg entwickelt sich langsam und ordnungsgemäß, infolge davon steht er festgewurzelt. Dadurch ergibt

sich der Gedanke der Entwicklung, die Schritt für Schritt allmählich weitergeht ... Keine plötzliche Beeinflussung oder Erweckung ist nachhaltig (I Ging 1993, S.196f.).“

Ganz ähnlich wie die Lehren des *I Ging* und ähnlich hilfreich für uns moderne Menschen sind die Lebensweisheiten, die Laotse im 6. vorchristlichen Jahrhundert in seinem Werk *Tao te king* gegeben hat (Laotse 1996). Mancher Ratschlag, der in der aktuellen Diskussion gegeben wird, kehrt hier in poetischem, altchinesischem Gewand wieder (Laotse 1996, Abschnitt 80, S.123):

*„Ein Land mag klein sein und seine Bewohner wenig.
Geräte, die der Menschen Kraft vervielfältigen,
lasse man nicht gebrauchen.*

*Man lasse das Volk den Tod wichtig nehmen
und nicht in die Ferne reisen.*

*Ob auch Schiffe und Wagen vorhanden wären,
sei niemand, der darin fahre.*

*Ob auch Rüstung und Waffen da wären,
sei niemand, der sie benutze.*

...

*Nachbarländer mögen in Sehweite liegen, dass man
den Ruf der Hähne und Hunde gegenseitig hören kann:
und doch sollen die Leute im höchsten Alter sterben,
ohne hin und her gereist zu sein.“*

Für den Einzelnen fordert Laotse ganz wie es die Tätigkeit des Zen-Mönches symbolisierte (Laotse 1996, Abschnitt 27, S.67):

„Ein guter Wanderer lässt keine Spur zurück.“

Laotse empfiehlt vor allem, „das Zusehr, das Zuviel, das Zugroß“ zu meiden (Laotse 1996, Abschnitt 29, S. 69):

*„Es gibt keine größere Sünde als viele Wünsche,
Es gibt kein größeres Übel als kein Genüge kennen,
Es gibt keinen größeren Fehler als haben wollen.“*

Nach Laotse sollten die Menschen vielmehr drei Schätze „anhäufen (Laotse 1996, Abschnitt 67, S. 110)“:

Der eine heißt: die Liebe;

der zweite heißt: die Genügsamkeit;

der dritte heißt: nicht wagen, in der Welt voranzustehen.“

Für Laotse ist die „Rückkehr zur Wurzel“ die wichtigste Bewegung, um das Tao, den Sinn des Lebens, zu begreifen (siehe Laotse 1996, Abschnitt 40, S. 83). Diese Rückkehr ist aber kein Rückschritt, es bedeutet nach der taoistischen Philosophie die eigentliche Voraussetzung für Fortschritte. Nur für den Außenstehenden kann „das Tao (der Sinn) des Fortschritts als Rückschritt erscheinen (Laotse 1996, Abschnitt 40, S.83).“

Es wäre für mich eine Ehre, wenn sich mein vorliegender Beitrag in die unüberschaubare Reihe von Kommentaren zu den Klassikern *I Ging* und *Tao te king* aufgenommen würde.

3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Zwangsgemeinschaft oder Wahlverwandtschaften ?

Wenn wir uns das Zukunftsbild einer solidarischen Gesellschaft ausmalen wollen, so stellt sich zunächst die Frage, ob nicht allein der Wunsch der Vater des Gedankens ist und wir uns einem Traumbild hingeben, das niemals Realität werden kann. Bisher wenigstens erscheint der dominierende Einfluss der Ökonomie auf die Lebensverhältnisse der Einzelnen ungebrochen.

Für die heutige Situation ist es charakteristisch, dass selbst solidarische Kernzellen wie die Familie in Auflösung begriffen sind (siehe zum folgenden Stahmer 2009). Unter dem Konkurrenzdruck des Arbeitsmarktes werden die Erwerbstätigen immer mehr auf sich selbst gestellt. Gewünscht ist der mobile Single ohne lästigen Anhang, der als freischwebende Monade je nach betrieblichen Erfordernissen räumlich und zeitlich hin und her geschoben werden kann. „Die Grundfigur der *durchgesetzten* Moderne ist – zu Ende gedacht – der oder die *Alleinstehende*. In den Erfordernissen des Arbeitsmarktes wird von den Erfordernissen der Familie, Ehe, Elternschaft, Partnerschaft usw. abgesehen. Wer in diesem Sinne die Mobilität am Arbeitsmarkt ohne Rücksicht auf private Belange einklagt, betreibt – gerade als Apostel des Marktes – die Auflösung der Familie (Beck 1986, S. 199).“

In seiner Freizeit ist der Erwerbstätige als fleißiger Konsument willkommen, der an der Kasse von Supermärkten und Warenhäusern für mehr oder weniger nützliche Waren sein Einkommen wieder abliefern darf, damit es erneut den Wirtschaftskreislauf speisen kann. „Der einzelne wird zwar aus traditionellen Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst, tauscht dafür aber die Zwänge des Arbeitsmarktes und der Konsumexistenz und der in ihnen enthaltenen Standardisierungen und Kontrollen ein. An die Stelle *traditionaler* Bindungen und Sozialformen (soziale Klasse, Kleinfamilie)

treten *sekundäre* Instanzen und Institutionen, die den Lebenslauf des einzelnen prägen und ihn gegenläufig zu der individuellen Verfügung, die sich als Bewusstseinsform durchsetzt, zum Spielball von Moden, Verhältnissen, Konjunkturen und Märkten machen (Beck 1986, S. 211)“ Die zunehmende Individualisierung bedeutet für Ulrich Beck daher gleichzeitig eine „Marktabhängigkeit in allen Dimensionen (Beck 1986, S. 212).“

Verliert der Erwerbstätige seinen Arbeitsplatz, so wird er auf die Hilfe von anonymen staatlichen Behörden verwiesen, die seine Lebensverhältnisse durchleuchten, um ihm das Nötigste an finanzieller Unterstützung zukommen zu lassen. Die Scheinfreiheit der individuellen, selbstbestimmten Existenz wird dann übergangslos gegen eine völlige Abhängigkeit von finanziellen Zuwendungen des Staates eingetauscht. Die Hartz IV - Gesetzgebung mit ihren Bedürfnisprüfungen und Zumutbarkeitsregeln für weitere Berufstätigkeit hat zur Genüge gezeigt, wie demütigend dann die Einzelnen der staatlichen Bevormundung ausgeliefert sind.

Es fällt nicht leicht, in dieser Situation Gegenmodelle zu entwickeln, in denen die gegenwärtigen Abhängigkeiten aufgebrochen werden können und ein erfülltes Leben ohne die Zwangsjacke ökonomischer und staatlicher Vorgaben möglich wird. Es erscheint aus heutiger Sicht ausgesprochen weltfremd anzunehmen, dass die Wirtschaft ihre Herrscherrolle freiwillig aufgeben und sich in den Dienst der Menschen stellen könnte. Ebenso erscheint die Bereitschaft staatlicher Institutionen zu einem grundlegenden Wandel, der auch mit einem Machtverlust verbunden sein könnte, sehr gering.

Das Wunschbild einer solidarischen Gesellschaft würde voraussetzen, dass eine Gesellschaftsform denkbar ist, in der sich die Menschen zueinander ohne Zwang aus eigenem Antrieb solidarisch verhalten, d.h. sich gegenseitig helfen und zusammenhalten. Ist das überhaupt der menschlichen Natur gegeben oder kann das nur unter äußerem Zwang geschehen? Welche Erfahrungen haben wir in unserer bisherigen Geschichte gemacht?

Wenn gesellschaftliche Gruppen solidarisch zusammenarbeiten, so wird es sich in vielen Fällen um Notgemeinschaften handeln. Dies lässt sich schon im Tierreich zu beobachten. Bei Raubtieren bilden sich Rudel, die zusammen besser jagen können. Potentielle Beutetiere schließen sich zu Herden oder Schwärmen zusammen, um den Angriff des Feindes gemeinsam besser abwehren zu können. Auch bei den Menschen haben sich zunächst größere

solidarische Gemeinschaften zur Gefahrenabwehr und zur gemeinsamen Nahrungssuche gebildet. Der Heimatforscher Arnold Niederer hat beschrieben, wie sich derartige Notgemeinschaften in abgelegenen Dörfern im Alpengebiet bis in die Moderne erhalten haben. Aber auch hier hat sich in den letzten Jahrzehnten ein rapider Wandel eingestellt, der den sozialen Zusammenhalt lockerte: „Während die allgegenwärtige Unsicherheit der alpinen Natur zu Überlebensstrategien zwang, die sich nur in solidarischen Gemeinschaften realisieren ließen, ermöglichen die Industriewirtschaft und der Wohlfahrtsstaat die Freiheit von Verpflichtungen, wie sie die Gemeinschaft als Entgelt für die von ihr gewährte Sicherheit verlangte. Von daher erscheint die traditionelle Gemeinschaft und Gemeinwirtschaft, wie sie sich in Rückzugsgebieten wie den Alpen am längsten erhalten hat, als Zwangsgemeinschaft, die jedoch als Selbstverständlichkeit erlebt wurde, solange es keine Alternative gab (Niederer 1993, S. 377).“

In eindringlicher Weise hat Jean-Jacques Rousseau in seinem großartigen Essay *Über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen* (1753) geschildert, wie die ursprüngliche Solidarität im Laufe der Menschheitsentwicklung zerstört wurde. Der wilde Mensch hatte nur seine elementaren physischen Bedürfnisse: „Man sieht leicht, dass die Menschen, die damals in keiner moralischen Verbindung miteinander gestanden haben, weder gut noch böse, weder tugendhaft noch lasterhaft haben sein können (Rousseau 1978, S. 216f).“ Eine Tugend billigt Rousseau allerdings auch dem wilden Menschen zu: „Ich glaube nicht, dass ich einen Widerspruch zu befürchten hätte, weil ich dem Menschen diese einzige natürliche Tugend einräume ... Ich meine das Mitleid, eine Neigung, die sich für so schwache und so vielen Übeln unterworfenen Geschöpfe, wie wir sind, sehr wohl schickt (Rousseau 1978, S. 218).“

Aus dem Zustand der Unschuld wird der Mensch nach Rousseau durch die Schaffung von Eigentum gerissen: „Der erste, welcher ein Stück Landes umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ zu sagen: *dieses ist mein*, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend und Gräuel hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‘Glaubt diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört’ (Rousseau 1978, S. 230).“

Doch bleibt für Rousseau auch für den modernen Menschen das Gefühl des Mitleids als hoffnungsvolle Anlage erhalten.⁹ Aus dem Mitleid entspringen nach ihm „alle gesellschaftlichen Tugenden. ... Was ist die Großmut, die Milde und die Menschlichkeit anderes, als ein Mitleiden mit einem Schwächeren, einem Schuldigen oder mit dem menschlichen Geschlecht überhaupt? ... Diese Empfindung bringt uns dazu, dass wir einem jeden Leidenden ohne Überlegung Hilfe leisten; sie vertritt in dem Stande der Natur die Stelle der Gesetze, der Sitten und der Tugend, und hat noch dieses voraus, dass niemand in Versuchung kommt, ihrer süßen Stimme den Gehorsam zu versagen (Rousseau 1978, S. 220f).“

Wenn wir überlegen, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen könnte, die von frei gewählten Formen der Solidarität ausgeht, so können die Überlegungen der christlichen Soziallehre hilfreich sein. Sie postuliert, dass die Menschen in einer „Zivilisation der Liebe“ zusammenleben sollten (siehe PRGF 2006, S. 162 und S. 411). Als konkrete „Baugesetze“ einer christlich bestimmten Gesellschaft werden die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität vorgeschlagen.¹⁰

Solidarität bezeichnet „nicht ein Gefühl vagen Mitleids oder oberflächlicher Rührung wegen der Leiden so vieler Menschen nah und fern. Im Gegenteil, sie ist die *feste und beständige Entschlossenheit*, sich für das *Gemeinwohl* einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind (Johannes Paul II, Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, Abschnitt 38, zitiert nach PRGF 2006, S. 154)“. Solidarität kann sich auf das Verhalten der Menschen in kleinen Gemeinschaften, wie in der Familie, in der Nachbarschaft oder in der örtlichen Umgebung beziehen. Es geht aber darüber hinaus und umfasst auch die Beziehungen innerhalb eines Staates oder einer Staatengemeinschaft. Heutzutage kommt gerade der Solidarität der Menschen in reichen Industrienationen mit den Nöten der Menschen in

⁹ Siehe zur geschichtlichen Diskussion von „Nutzen und Nachteil“ des Mitleids die Überblicksartikel von Lothar Samson (Samson 1986) und Ulrich Kronauer (Kronauer 1999). Siehe auch Stahmer 2006a, Kapitel 19: Die Liebe des Mitleids. Auch hierzu haben die chinesischen klassischen Philosophen bereits im ersten vorchristlichen Jahrtausend grundlegende Überlegungen angestellt, siehe vor allem die Gedanken von Mong Dsi (lateinisch Menzius, siehe Mong Tsi 1994).

¹⁰ Siehe Nell-Breuning 1990 und den Übersichtsartikel „Solidaritätsprinzip“ von Kerber 1995. Zur christlichen Sozialethik allgemein siehe EKD, DBK 1997, PRGF 2006 und Heimbach-Steins 2004/05. Zur Geschichte des Begriffs Solidarität siehe Wildt 1995. Zur Diskussion über eine solidarische Gesellschaft siehe auch Richter 1974, Galbraith 1998, Altwater, Sekler 2006 und Giegold, Embshoff 2008.

Entwicklungsländern eine herausragende Bedeutung zu. Diesem räumlichen Aspekt entspricht ein zeitlicher. Wir müssen uns mit den nächsten Generationen solidarisch erklären und in unserem ebenso wie in deren Interesse lebensfähige Bedingungen auf unserem Planeten erhalten.

Beim *Subsidiaritätsprinzip* wird davon ausgegangen, dass die kleinere gesellschaftliche Einheit zunächst besser geeignet ist, ihre Aufgaben selbst zu erfüllen. Erst wenn das nicht möglich ist, sollte sie Unterstützung durch die größere Einheit im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe erhalten: „Was im Dorf, in der Ortsgemeinde geleistet werden kann, das trage man nicht an das große öffentliche Gemeinwesen Staat heran; was im engeren Kreis der Familie erledigt werden kann, damit befasse man nicht die Öffentlichkeit! Was man selbst tun kann, damit behellige man nicht andere. Das sind praktische Anwendungsfälle, aus denen unmittelbar abzulesen ist, worum es beim Subsidiaritätsprinzip geht. Man kann die Reihenfolge bilden: Selbsthilfe – Nachbarschaftshilfe – Fernhilfe (Nell- Breuning 1985, S.55).“

Solidarität kann sich nur verwirklichen, wenn sie auch in kleinerem, überschaubarem Kreis eingeübt werden kann. Erst eine Atmosphäre des gegenseitigen persönlichen Vertrauens kann die nötigen sozialen Netzwerke schaffen und das aufbauen, was Pierre Bourdieu als soziales Kapital bezeichnet hat (siehe Bourdieu 1992, siehe dazu auch Heinze-Strünck 2000). In einer Gesellschaft, in welcher der Arbeitsmarkt das mobile Einzelwesen propagiert und soziale Aufgaben möglichst auf den Staat abgeschoben werden, kann sich eine Solidarität, die nicht auf Bekundungen der Sympathie und des Mitgefühls beschränkt bleibt, sondern sich aktiv durch soziales Engagement auszeichnet, nicht entwickeln. Erst durch die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips eröffnen sich daher reale Chancen für ein solidarisches Miteinander in der Gesellschaft. Wenn im Folgenden einige Wegweiser zu einer solidarischen Gesellschaft aufgestellt werden, so ist die Forderung nach Solidarität stets mit dem Ziel einer subsidiären Gesellschaftsform verknüpft (siehe zur Subsidiarität auch Heinze 1986).

4. Wegweiser zu einer solidarischen Gesellschaft

Wie könnte nun der Weg zu einer solidarischen Gesellschaft aussehen, bei der die Lebensbereiche jenseits von Erwerbsarbeit und Konsum, jenseits auch von staatlicher Bevormundung wesentlich gestärkt werden.¹¹ André

¹¹ Zum Symbol des Weges siehe Kapitel XIII des Buches von Bruno Snell über die Entstehung des europäischen Denkens bei den Griechen (Snell 1955).

Gorz hat in seinem Buch *Arbeit zwischen Misere und Utopie* (2000) ein derartiges Gesellschaftsmodell beschrieben. Er fordert „neue soziale Beziehungen, die sich der Logik des Marktes, des Geldes, der geschlechtsspezifischen Aufgabenverteilung entziehen, neue zeitliche Freiräume, die nicht der Lohnarbeit unterworfen sind, neue Produktionstechniken und ein neues Verhältnis zur Umwelt, die für das natürliche Gleichgewicht und andere Lebensformen Sorge tragen, etc. Im Zentrum all dieser Neugestaltungen steht die individuelle und kollektive Wiederaneignung der Zeit und der Zeiteinteilung (Gorz 2000, S. 112).“

Im Folgenden werden sieben „Wegweiser“ zu einer solidarischen Gesellschaft aufgestellt. Schwerpunkt der Darstellung waren soziale Aufgabestellungen, die mit solidarischem Handeln unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips verbunden sind. Im Hinblick auf zusätzliche ökonomische und ökologische Aspekte einer solidarischen Gesellschaft sei auf andere Arbeiten des Autors verwiesen (siehe Stahmer 2011a, 2011b, 2011c, 2012).

4.1 Erwerbsarbeit teilen - Arbeitsplätze für alle Erwerbsfähigen

Es gehört zur Grundsicherung der Menschen, dass sie nach Abschluss ihrer beruflichen Ausbildung die Chance bekommen, ihren erlernten Beruf auch auszuüben. Damit wird nicht nur eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht, die Erwerbsarbeit ist auch ein wichtiger Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung.

Dieser Zugang ist allerdings nicht mehr selbstverständlich. Die Zeiten von Überbeschäftigung und hohen Wachstumsraten der Wirtschaft sind – zumindest in Deutschland, aber auch in vielen anderen hochindustrialisierten Ländern – längst vorbei.¹² Seit Jahren schleppen wir schon einen hohen Sockel von versteckter oder offener Arbeitslosigkeit mit, der auch in konjunkturell günstigen Zeiten nicht mehr wesentlich abgebaut werden kann.

Unter diesen Bedingungen erscheint es umso dringender, Solidarität zu üben und die vorhandene Erwerbsarbeit unter alle Personen, die im erwerbsfähigen Alter und nicht aus Krankheitsgründen erwerbsunfähig sind, aufzuteilen. Rechnet man neben den offiziell Arbeitslosen auch die sogenannte stille Reserve hinzu, so wäre zur Beschäftigung aller Erwerbslosen etwa eine

¹² Zur längerfristigen Entwicklung des Arbeitsmarktes siehe Gorz 1989, 2000; Beck 2000a; Brandl, Hildebrand 2002 und Spangenberg 2003.

Reduktion auf durchschnittlich 30 Wochenarbeitsstunden nötig (siehe BUND, Brot für die Welt 2008, Kapitel 15).

Nicht berücksichtigt ist die „stillste“ Reserve, nämlich erwerbsfähige Personen, die noch nicht in Rente sind, aber sich unter den heutigen Arbeitsmarktverhältnissen um keinen Arbeitsplatz mehr bemühen. Dazu gehören z.B. Frauen, die Kinder großgezogen haben und dafür ihren früheren Arbeitsplatz aufgegeben hatten. Werden auch diese Personen einbezogen und wird zusätzlich das gesamte (Erwerbs-) Arbeitsvolumen um etwa ein Sechstel reduziert, um die Zeiten für unbezahlte soziale Aufgaben um die Hälfte steigern zu können, so könnte eine 20- bis 25-Stunden-Woche (1000 Jahresarbeitsstunden) zur Regel werden.

Dieser Ansatz wurde im Rahmen des Modells der Halbtagsgesellschaft mit Angaben für das Jahr 2000 für die Bundesrepublik Deutschland durchgerechnet und für das Berichtsjahr 2010 aktualisiert (siehe Stahmer 2011b). Insgesamt würde sich bei Einführung einer Halbtagsgesellschaft mit einem Jahresdurchschnitt von 1000 Erwerbsarbeitsstunden die Arbeitszeit um etwa ein Sechstel vermindern (siehe Stahmer 2006b). Bei gleichbleibender Arbeitsproduktivität würde das bedeuten, dass auch das Wirtschaftsniveau um etwa ein Sechstel sinken würde. Dies wäre im Verhältnis zu der im zweiten Abschnitt vorgeschlagenen Reduktion des Wirtschaftsniveaus um 60 Prozent noch eine sehr moderate Absenkung.

Hingewiesen sei darauf, dass die im Modell der Halbtagsgesellschaft vorgesehenen Wochenarbeitszeiten nur einen Durchschnittswert bilden und nicht bedeuten, dass die Erwerbstätigen diese Stundenzahl in jeder Woche zu absolvieren hätten. Dies wäre alleine schon wegen der zunehmenden Pendlerströme unter ökologischen Gesichtspunkten nicht ratsam. Auch für die Organisation der Arbeitsplätze dürfte ein Vorherrschen von Teilzeitarbeit größere Probleme der Koordinierung der Arbeitsabläufe schaffen. Viel sinnvoller erscheint es, dass die Menschen für eine bestimmte Zeit, z.B. zwei oder drei Jahre, in Vollzeit (38- bis 40-Stunden-Woche) tätig sind und dann für einen längeren Zeitraum sich voll anderen Aufgaben im sozialen Bereich widmen (z.B. Kindererziehung, Pflege von Älteren, ehrenamtliche soziale Dienste für Personen außerhalb des eigenen Haushalts). Bei diesen wechselnden Tätigkeitsabschnitten in der Lebensbiographie müssten natürlich zusätzlich auch Zeiten für Weiterbildung eingeplant werden, um den erneuten Berufseinstieg zu erleichtern.

Heutzutage besteht die Tendenz, die Arbeitszeiten bei Vollarbeitsplätzen zu verlängern und den Abstand zwischen überlasteten Vielverdienern und Geringverdienern mit Minijobs immer größer werden zu lassen. Das vorherrschende Konkurrenzdenken und die gegenwärtige Organisation des Arbeitsmarktes führen dazu, dass die meisten Erwerbstätigen zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes eher bereit sind, bei gleichem Einkommen länger zu arbeiten, als Arbeitszeiten an Arbeitslose abzugeben und entsprechend auch auf Einkommen zu verzichten. Hier wäre – gerade im Hinblick auf das Ziel der Solidarität mit den Arbeitssuchenden – ein Bewusstseinswandel dringend nötig. Er müsste allerdings auch durch entsprechende institutionelle Rahmenbedingungen unterstützt werden, die ein ausreichendes Einkommen der Arbeitsplatzbesitzer nach Umverteilung der Arbeit gewährleisten.

Der jetzt vorherrschende Gegenwind in der Frage von Arbeitszeitverkürzungen sollte uns nicht davon abhalten, die Forderung nach einer solidarischen Verteilung der Erwerbsarbeit immer wieder zu stellen. Der christliche Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hat sich zu diesem Thema einmal in einem Interview auf folgende drastische Weise geäußert: „Man sollte solche Zukunftsperspektiven (‘konkrete Utopien’) doch vor Augen haben, auch wenn es anders kommt, als man es sich vorher gedacht hat, anstatt dass man in der politischen Tageskleckerei immer von einem Bluff zum anderen hüpft (Nell-Breuning 1987, S. 98)“.

4.2 Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Eine Grundsicherung durch Erwerbsarbeit und durch das damit verbundene Einkommen steht für viele Menschen ganz im Vordergrund ihrer Bestrebungen. Es entspricht auch der gegenwärtigen Dominanz des ökonomischen Denkens. In den Hintergrund tritt dabei allerdings, wie sehr jeder auf Liebe, aktive Fürsorge und Freundschaft von ihnen nahestehenden Menschen angewiesen ist.¹³ In der Sprache der Mathematik könnte man sagen, dass ausreichender finanzieller Lebensunterhalt eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für unsere Grundsicherung darstellt. Erst wenn wir als Kind von der Familie betreut, als Erwachsene von unserem Partner und den Freunden unterstützt und als älterer Mensch die Pflege und Zuwendung unseres unmittelbaren persönlichen Umfeldes erhalten, können wir uns als Menschen geborgen und sicher fühlen. Nicht zu

¹³ Zur Bedeutung unbezahlter Arbeit siehe Gorz 1989, 2000; Biesecker, Winterfeld 2000; Brandl, Hildebrandt 2002.

Unrecht spricht man von dem Urvertrauen, dass ein Kind durch den verlässlichen Umgang mit einer ihm nahestehenden Bezugsperson in den ersten Monaten ihres Lebens erwerben kann (siehe Wikipedia-Artikel *Urvertrauen*).

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips kommt den unmittelbaren Hilfeleistungen in der Familie, im Freundeskreis und der Nachbarschaft eine vorrangige Bedeutung zu. Erst wenn die Nächsten mit ihrer Hilfe überfordert sind, sollte die Gemeinschaft im weiteren Sinne aktiv werden und durch unbezahlte soziale Dienste, aber auch professionelle Hilfe den Bedürftigen zur Seite stehen. Trotz ihres wertvollen Einsatzes werden professionelle Kräfte niemals den gefühlsmäßigen Beistand leisten können, der den nächsten Angehörigen und Freunden möglich ist.

Wie könnte das unbezahlte soziale Engagement, das neben der Erwerbsarbeit einen zweiten wichtigen Pfeiler einer tragfähigen Grundsicherung bilden sollte, aufgewertet werden?

Ein Zugang besteht darin, für alle Menschen Zeiten von sozialen Aktivitäten in ihre Lebensbiographien zu integrieren. Das könnte schon mit einem sozialen Jahr der Jugendlichen beginnen (siehe Hentig 2006). Es würde sich mit längeren Unterbrechungen der Erwerbsarbeitszeiten fortsetzen, die – für Frauen und Männer gleichermaßen (siehe den nächsten Abschnitt 4.3) – für Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung Älterer und ehrenamtliche soziale Dienste genutzt werden könnten. Bei höherem Alter sollten die Erwerbsarbeitsstunden weiter zurückgehen und sich Spielräume für soziales Engagement (z.B. Unterstützung der Enkel und gegenseitige Unterstützung von Altersgenossen) erweitern¹⁴.

Eine Aufwertung des unbezahlten sozialen Engagements könnte dadurch erreicht werden, dass die aufgewendeten Zeiten den Helfenden gutgeschrieben werden. Bei späterer eigener Bedürftigkeit stehen sie ihnen dann selbst zur Verfügung, um damit von Anderen Hilfe zu bekommen. Diese Form von Zeitgutschriften hat sich bereits im Rahmen von Seniorengenossenschaften in Deutschland bewährt (siehe Otto 1995), in denen „junge Alte“ für noch Ältere sorgen und später dann selbst umsorgt werden. Bei der zunehmenden Mobilität der Menschen und der damit häufig

¹⁴ Siehe dazu auch das Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, insbesondere die Abschnitte über *Selbstbestimmte Lebensarbeitszeit* und *Eine neue „Politik des Lebenslaufs“* (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2006).

verbundenen räumlichen Trennung der Generationen erscheinen derartige Formen gegenseitiger Hilfe sehr vielversprechend.

Die bisherigen Erfahrungen bei der Zeitwährung beziehen sich nur auf relativ kurze Zeiträume und auf eng begrenzte Regionen. Wenn dieses zweite Tauschmittel neben der Geldwährung eine gleichrangige Rolle erlangen soll, müsste es auch überregional gelten und seine Gültigkeit auf lange Frist garantiert sein. Jüngere müssten sicher sein, dass sie im Alter die angesparten Zeitguthaben nutzen können, bei Umzügen müsste es garantiert sein, dass die Zeitgutschriften auch in anderen Regionen verwendet werden können. Es müsste möglich sein, dass Zeitguthaben auf andere Personen, die nicht in der gleichen Gegend leben, übertragbar sind.¹⁵

Nur eine neuartige Form des Bankensystems könnte hier wohl die nötigen langfristigen und überregionalen Garantien übernehmen. Es stellt sich dann aber die Frage, wer dieses Bankensystem für die Zeitwährung organisieren könnte. Möglicherweise könnten hier Wohlfahrtseinrichtungen, die Kirchen oder Formen eines Genossenschaftswesens helfen. Hier besteht noch ein erheblicher Diskussionsbedarf. Insbesondere müsste geprüft werden, wie neue Formen einer Dominanz institutioneller Einrichtungen vermieden und die Transaktionskosten möglichst gering gehalten werden könnten.

Bei den Zeitgutschriften sollte jede geleistete Stunde den gleichen Wert haben. Damit soll vermieden werden, dass der Bereich von nicht-monetären sozialen Dienstleistungen gewissermaßen durch die Hintertür doch den Charakter eines Marktes ohne explizite Geldzahlungen erhält. Dieser Ansatz entspricht auch der Vorstellung, dass jede Leistung in den zu bildenden sozialen Netzwerken die gleiche Wertschätzung erhalten sollte. Ähnlich argumentieren Claus Offe und Rolf G. Heinze für einen Einheitsmaßstab der verausgabten Stunden: „Erstens entfällt der Entscheidungs- und Verwaltungsaufwand, der mit der Einstufung verschiedener Tätigkeitsarten auf einer Qualifikationsskala einhergehen würde. Zweitens erfüllt diese Lösung einen egalitären normativen Anspruch und erweitert dadurch den Kreis der Personen, die Grund haben, sich selbst aufgrund eigener Angebote eine erfolgreiche und nutzbringende Beteiligung zuzutrauen... Drittens ist die limitierende Wirkung, welche diese egalitäre Regelung auf das Angebot wirklich hochwertiger Leistungen ausüben würde, durchaus erwünscht (Offe,

¹⁵ Vorbilder für derartige überregionale Netzwerke mit Zeitwährungen sind vor allem in Japan zu finden (siehe Kennedy, Lietaer 2004, Kapitel VII: Japan – Ein Experimentallabor für Komplementärwährungen).

Heinze 1990, S. 316f.).“ Professionelle soziale Dienstleistungen würden dann wie bisher über den Markt angeboten werden und die in der Regel einfacheren – gegen Zeitgutschriften – angebotenen Leistungen sinnvoll ergänzen. Geld- und Zeit-Währung würden damit nicht in Konkurrenz treten, sondern in einem komplementären Verhältnis stehen.

Es ist nicht möglich, gegenseitige Hilfe innerhalb von Familien bzw. privaten Haushalten zeitlich aufzurechnen. Hier ist ein pauschaler Ansatz von jährlichen Zeitgutschriften vorzuziehen. Der Umfang der Zeitgutschriften könnte in Deutschland mit Hilfe der Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen abgeschätzt werden. Bei Hilfen außerhalb des Haushaltes könnte dagegen eine Einzelabrechnung vorgenommen werden, wie es heutzutage bereits bei Tauschringen erfolgt.¹⁶ Anfallende Kosten (z.B. für Fahrten) müssten dann allerdings zusätzlich von dem Hilfeempfänger beglichen werden.

Natürlich kann man es niemandem verbieten, länger zu arbeiten. Soweit die Arbeitszeitverkürzung nicht tarifvertraglich abgesichert ist, liegt die Arbeitsgestaltung bei individuellen Absprachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder – wie bei Selbständigen – völlig im Ermessen des Einzelnen. Hier erscheint aber eine wesentlich höhere Besteuerung der Einkünfte aus zusätzlicher Arbeit gerechtfertigt, da die sozialen Aufgaben dann vom Staat oder anderen Institutionen mit den entsprechenden Kosten übernommen werden müssten.¹⁷

Wirksamer noch als unmittelbare materielle Anreizsysteme erscheint der nötige Zuwachs an gesellschaftlichem Prestige, das dem sozialen Engagement zukommen müsste. Dies gilt nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die Arbeitgeber. Die Beteiligung an unbezahlten sozialen Tätigkeiten müsste nicht mit einem „Karriereknick“ verbunden sein, sondern geradezu eine Vorbedingung für die weitere berufliche Karriere werden.

Wie könnten aber die Zeiten unbezahlter Arbeit finanziell überbrückt werden? Die Zeit-Gutschriften für unbezahlte Arbeiten haben ja nur einen auf die Zukunft ausgerichteten Zweck: Sie werden in der Regel erst später in

¹⁶ Siehe zu einer Komplementärwährung in Tauschringen Kennedy, Lietaer 2004 und Sikora, Hoffmann 2001. Zu Kooperationsringen mit Zeitwährung siehe Offe, Heinze 1990.

¹⁷ Die Steuerlast kann allerdings wesentlich verringert werden, wenn die Betroffenen nach der Vollarbeitsphase selbst eine Auszeit nehmen bzw. wenn sie von ihrem Vollarbeitseinkommen andere Personen, die sich sozial engagieren, finanziell unterstützen. Dazu werden in diesem und in den folgenden Abschnitten verschiedene Steuer-Splitting-Modelle beschrieben.

Zeiten eigener Bedürftigkeit gegen bestimmte soziale Dienstleistungen eingetauscht, der tägliche Lebensunterhalt der Helfenden müsste auf jeden Fall durch andere Quellen abgedeckt werden.

Je nach Lebensform wird die Antwort sehr unterschiedlich ausfallen. Auf die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfe in Partnerschaften oder Wohngemeinschaften wird in den nächsten beiden Abschnitten eingegangen. Für *Alleinlebende* sind zumindest drei Finanzierungsformen denkbar:

- (a) Unproblematisch ist die Finanzierung bei durchgehender reduzierter Erwerbsarbeit ohne größere zeitliche Unterbrechungen. Für das unbezahlte soziale Engagement in der zweiten Hälfte des Tages erhält der Alleinlebende zusätzlich Zeitgutschriften.
- (b) Wird zunächst Vollzeit gearbeitet und anschließend die Erwerbsarbeit unterbrochen, so müsste der oder die Alleinlebende in der Erwerbsphase so viel ansparen, dass sie in der Unterbrechungsphase über genügend finanzielle Mittel für ihren Lebensunterhalt verfügen. Zusätzlich könnten an ihn in den Jahren der unbezahlten Arbeit Steuerrückzahlungen erfolgen, die zumindest zu seinem Lebensunterhalt beitragen könnten. Zugrunde gelegt wird dann bei der Steuerbemessung das durchschnittliche Einkommen des gesamten Zeitraums der Erwerbs- und Unterbrechungsphase (*Zeit-Splitting*). Die Jahre der Unterbrechungszeit sollten ebenfalls bei den Rentenansprüchen angerechnet werden, damit der Arbeitnehmer auch für seine Altersvorsorge keine Nachteile bekommt.
- (c) Bleiben die Erwerbstätigen in der Unterbrechungsphase Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter ihres Betriebes bzw. ihrer Behörde, so könnte ein ähnliches Verfahren wie bei dem Blockmodell der Altersteilzeit angewendet werden. In der ersten Phase der Vollzeit erhält der Arbeitnehmer bereits ein reduziertes Einkommen. Dafür wird in der Unterbrechungsphase das reduzierte Einkommen (einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge und des Krankenkassenanteils der Arbeitgeber) fortgezahlt.

Entscheidende Voraussetzung für alle drei Modelle ist allerdings, dass die gezahlten Löhne und Gehälter auch bei einer Halbtags­tätigkeit für den Lebensunterhalt der Alleinlebenden ausreichen (siehe hierzu Stahmer 2012, Abschnitte 6 und 7).

4.3 Gleiche Teilhabe der Geschlechter an bezahlter und unbezahlter Arbeit

In Deutschland ist die Beteiligung von Männern und Frauen an den verschiedenen Arbeitsformen immer noch sehr unterschiedlich.¹⁸ Einer männlich dominierten Geldwirtschaft mit ihren Machtmitteln steht eine weiblich geprägte, relativ ohnmächtige Hauswirtschaft gegenüber. Trotz zunehmender Erwerbstätigkeit der Frauen entfallen wegen der längeren Arbeitszeiten der Männer noch fast zwei Drittel der Arbeitsstunden auf Männer. Umgekehrt werden etwa zwei Drittel der unbezahlten Arbeitsstunden im privaten Haushalt bzw. bei sozialen Aktivitäten außerhalb des Haushalts von Frauen übernommen (siehe Stahmer 2011a und 2011c).

Auch wenn wir immer wieder offizielle Bekundungen hören, dass wir uns bereits im Zeitalter der Gleichberechtigung aufhalten würden, so sieht die Praxis doch ganz anders aus (siehe hierzu Beck 1986, Kap. 4; Biesecker, Winterfeld 2000). Pierre Bourdieu hat in seiner Studie *Die Männliche Herrschaft* gezeigt, wie subtil auch heutzutage noch die Dominanz der Männer aufrechterhalten wird und wie tief die Herrschaftsverhältnisse selbst bis in den körperlich unbewussten Bereich verankert wurden.¹⁹

Zwar konnten die Frauen in den letzten Jahrzehnten ihre gesellschaftliche Rolle verbessern, doch hat sich letztlich der Abstand zu der Machtposition der Männer nicht so wesentlich verringert, wie zu hoffen war: „Auf der einen Seite haben sich epochale Veränderungen – insbesondere in den Bereichen Sexualität, Recht und Bildung – vollzogen. In der Summe sind dies (von Sexualität einmal abgesehen) aber eher Veränderungen im *Bewusstsein* und auf dem *Papier*. Ihnen steht auf der anderen Seite eine *Konstanz im Verhalten und der Lagen* von Männern und Frauen (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der sozialen Sicherung) gegenüber. Dies hat den scheinbar paradoxen Effekt, dass das Mehr an Gleichheit die fortbestehenden und sich verschärfenden Ungleichheiten noch deutlicher ins Bewusstsein hebt (Beck 1986, S. 162).“

¹⁸ Siehe zur Erwerbsarbeit den sehr informativen Überblicksaufsatz von Susanne Wanger mit weiteren Literaturhinweisen (Wanger 2009).

¹⁹ Vgl. Bourdieu 2005. Siehe hierzu auch die eingehende Beschreibung der Geschlechterverhältnisse in Weller 2004, 20 f.

Pierre Bourdieu beschreibt allerdings auch, in welchem Maße der Anspruch der Männlichkeit für die Männer zwar Vorteile mit sich bringt, zugleich aber auch eine Bürde darstellt (siehe Bourdieu 2005, S. 92ff.). Man sollte daher den Optimismus bewahren, dass die Männer eines Tages ebenso wie die Frauen an einer wirklich gleichberechtigten Stellung der Geschlechter Gefallen finden könnten. Wichtig wäre dazu vor allem, dass die Männer auch ihre von der Gesellschaft immer noch als weiblich angesehenen Anlagen akzeptieren, ebenso wie zum Charakter der Frauen auch ihre sogenannten männlichen Züge gehören. Erst wenn jeder für sich die in ihm tief verankerte Verkrampfung im Hinblick auf seine geschlechtliche Rolle lockern vermag, eröffnet sich auch für die Gesellschaft insgesamt eine realistische Chance, einen grundlegenden Wandel der Rollenvorstellungen der Geschlechter zu erreichen.

Durch eine Gleichrangigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie durch eine gleiche Beteiligung der Geschlechter an diesen Tätigkeitsformen sollten gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, welche die nötige individuelle Überwindung von überkommenen geschlechtlichen Rollenvorstellungen erleichtern und ermöglichen: „Erst in dem Maße, in dem das gesamte institutionelle Gefüge der entwickelten Industriegesellschaft auf die Lebensvoraussetzungen von Familie und Partnerschaft hin durchdacht und verändert wird, kann eine neue Art der Gleichstellung *jenseits* von Frauen- und Männerrolle Schritt für Schritt erreicht werden (Beck 1986, S. 201).“

Frauen bekommen heutzutage eine ähnlich gute Ausbildung wie Männer und streben nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase selbstverständlich an, ihre erworbenen Kenntnisse in einem passenden Beruf nutzen zu können. Eigene Einkommen schaffen finanzielle Selbstständigkeit und zugleich die Grundlage für eine gleichberechtigte Partnerschaft. Zur solidarischen Gesellschaft gehört daher auch, dass die Geschlechter in gleicher Weise am Erwerbsleben teilnehmen können und damit auch die Möglichkeit erhalten, sich gegenseitig finanziell unterstützen zu können. Natürlich ist auch zu fordern, dass die Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit auch gleich ist. Hier tut sich heutzutage immer noch ein gravierender „Gender Pay Gap“ auf.²⁰

²⁰ Siehe die verschiedenen Untersuchungen von Elke Holst (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin). In einer Pressemitteilung vom 22.3.2012 stellt sie fest: „Der

Die *Zweiergemeinschaft* (mit oder ohne Kinder) kann aus einem zusammenlebenden Ehepaar oder aus eheähnlichen Lebensgemeinschaften von verschieden- oder gleichgeschlechtlichen Partnern bestehen. Entscheidend ist dabei, dass durch derartige Zweisamkeiten die Vereinzelung der Menschen aufgehoben werden kann und die Menschen bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen und auch in schwierigen Zeiten sich gegenseitig zu helfen.

Die Partnerschaft kann nicht mehr darin bestehen, dass einer der Partner generell das Geld verdient und der andere zu Hause bleibt. Das Modell der Ein-Verdiener-Ehe gehört der Vergangenheit an. Auch wenn die Partner Kinder haben oder Eltern pflegen müssen, sollte es selbstverständlich werden, dass sie sich bei der Betreuung und Pflege abwechseln.

Im Modell der Halbtagsgesellschaft wird das dadurch erreicht, dass jeder Partner nur die Hälfte der Zeit (voll-)berufstätig ist und die andere Hälfte zu Hause bleiben kann. „Eine radikale Arbeitszeitverkürzung im Erwerbsbereich bei gleichzeitiger Vervielfältigung der Erwerbsarbeitsplätze bietet die Grundlage dafür, dass jeder Mann und jede Frau neben der Erwerbsarbeit auch Versorgungsarbeit leisten (Biesecker, Winterfeld 2000, S.275).“ Mit diesem Modell wird gleichzeitig dafür gesorgt, dass sich die Karrierechancen für Frauen und Männer weiter annähern können, da sich ja beide Geschlechter in Abständen Aus-Zeiten für unbezahltes soziales Engagement nehmen. Wie bereits betont, müssten diese Aus-Zeiten zukünftig geradezu Voraussetzungen für weitere berufliche Karriereschritte werden, weil die Personen damit zeigen, dass sie zu vielfältigem Einsatz in der Lage sind und zusätzliche soziale Kompetenzen erworben haben.

Wie sieht es nun mit der Finanzierung aus? Der Partner, der voll berufstätig ist, würde in der Zeit, in der der andere Partner Aufgaben des unbezahlten sozialen Engagements übernimmt, den Partner mitfinanzieren. Steuerlich sollten beide zusammen veranlagt werden, so dass im Zuge des „Partner-Splittings“ auch nur so viel Steuern anfallen, als ob beide Partner einem Beruf mit Halbtagsstätigkeit nachgehen. Der erwerbstätige Partner erwirbt ferner durch seine Tätigkeit Sozialversicherungsansprüche für beide Partner und zahlt entsprechend dem Durchschnittseinkommen beider Partner Krankenversicherungsbeiträge für beide. Wenn dann die Partner ihre

Aufstieg in deutsche Führungsetagen gelingt Frauen wesentlich seltener als Männern. Und wenn doch, verdienen sie im Schnitt gut 1000 Euro weniger als ihre männlichen Kollegen.“

Arbeitsfelder wechseln, übernimmt der andere Partner die entsprechenden finanziellen Aufgaben.

Dieses Steuer-Splitting-Model soll natürlich keine Rückkehr zu einer einseitigen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen fördern. Zu überlegen wäre, die Steuererleichterungen zwischen Partnern bei gleichbleibender Arbeitsteilung auf einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen (z. B. auf drei Jahre).

Natürlich setzt ein derartiges Modell voraus, dass Männer und Frauen etwa gleich viel verdienen. Falls die Einkommen unterschiedlich sind, müsste – wie bei den Alleinlebenden – für die Phase der Erwerbstätigkeit des Geringerverdienenden vorher angespart und zusätzlich später Einnahmen durch Steuerrückzahlungen an den Besserverdienenden erzielt werden. Steuerbemessungsgrundlage wären dann die gemeinsamen Einkommen beider Partner für die Gesamtheit von bezahlten und unbezahlten Arbeitszeiten. Auf diese Weise würde ein kombiniertes Zeit- und Partner-Splitting realisiert werden.

Wie können die Kosten der Kinder getragen werden? Hier müsste aus meiner Sicht das Kindergeld wesentlich erhöht werden, um zumindest die zusätzlichen Kosten für Kinder in einer „Normalverdiener“-Familie abdecken zu können. In der heutigen Zeit kommt es nur noch in Ausnahmefällen vor, dass die Kinder ihre Eltern später so finanziell unterstützen können, wie ihr eigener Lebensunterhalt in der Kindheit durch die Eltern finanziert wurde. Sehr häufig leben die Kinder an anderen Orten, das Modell des Drei-Generationen-Haushalts einer Großfamilie ist immer seltener geworden. Dadurch ist allmählich eine einseitige finanzielle Belastung für Eltern entstanden, die auch wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Geburtenraten in den entwickelten Ländern so niedrig sind.

Es erscheint in der heutigen Situation nicht sinnvoll, im Sinne des Solidaritätsprinzips eine generelle gegenseitige finanzielle Absicherung der Generationen zu fordern. Die Sozialversicherungssysteme haben bereits dafür gesorgt, dass die ältere Generation in der Regel nicht mehr auf finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder angewiesen ist. Die Gesellschaft müsste dann aber auch entsprechend für eine finanzielle Kinder-Grundsicherung sorgen. Es kann nicht sein, dass - so wie es heutzutage immer häufiger geschieht - das Einkommen der Partner unter die Armutsgrenze sinkt, wenn sie Kinder bekommen.

Mit dieser finanziellen Regelung darf natürlich nicht verbunden sein, dass Eltern sich weniger um die Betreuung ihrer Kinder kümmern. Ganz im Gegenteil wäre es wünschenswert, dass sich Mütter und Väter für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder wesentlich mehr Zeit nehmen als bisher. Aber diese persönliche Zuwendung sollte nicht von finanziellen Sorgen überschattet werden.

Zusätzlich zu dem Grundeinkommen für Kinder ist im Modell der Halbtagsgesellschaft – wie bereits erwähnt – eine pauschale Vergütung der Kinderbetreuung in Form von Zeitguthaben für die Eltern vorgesehen.

Von einer Unterbringung der Kinder in ihren ersten Lebensjahren in einer Kindertagesstätte wird von Kinderpsychologen und Kinderärzten stark abgeraten. Zu wichtig erscheint für die emotionale Entwicklung des Kindes eine enge konstante Beziehung zu ihren Eltern (siehe dazu bereits Spitz 1987). Ein vehementes Plädoyer für die familiäre Betreuung hat neuerdings der leitende Arzt des Sozialpädiatrischen Zentrums Bielefeld-Bethel Rainer Böhm gehalten: „Anstatt dass die Erziehungsleistung der Eltern von politischer oder gesellschaftlicher Seite schleichend entwertet wird, muss Müttern und Vätern die Bedeutung bewusst gemacht werden, die ihre liebevolle und kontinuierliche Präsenz für die gesunde seelische Entwicklung ihrer Kinder gerade in den ersten Lebensjahren hat. Die herkömmliche Aufteilung von Familienaufgaben kann durchaus überdacht werden. Während Mütter durch Geburt und Stillzeit die Hauptperson der ersten Lebensphase sind, sollten Väter darin bestärkt und gefördert werden, diese Rolle häufiger im fortgeschrittenen Kleinkindalter zu übernehmen (Böhm 2012, S. 7).“ Sehr skeptisch äußert sich Rainer Böhm zu den aktuellen Bemühungen, Kindertagesstätten als geeignete Form der Betreuung auch kleiner Kinder herauszustellen: „Die deutsche ‘Krippenoffensive’ geht wesentlich auf die massive politische und publizistische Lobbyarbeit von Wirtschaftsverbänden zurück, die angesichts der demographischen Entwicklung versuchen, Arbeitskraftreserven auch unter jungen Eltern zu mobilisieren (Böhm 2012, S.7).“

Das zu zahlende Kindergeld im Sinne eines Grundeinkommens für Kinder sollte nur bis zum 18. Lebensjahr bzw. bis zum Abschluss von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen gezahlt werden. Ein Zuschuss könnte dann noch für ein allgemeines soziales Jahr gewährt werden. Für ein weiteres Studium würde sich dann für die Finanzierung eher – wie bei der

jetzigen Bafög-Regelung - ein staatliches Ausbildungsdarlehen anbieten, dass die Studierenden später wieder zurückzahlen müssten.

Mit diesem vorgestellten Konzept einer Grundsicherung wird es für Frauen möglich, ohne Finanzsorgen ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Gleichzeitig bekämen sie die nötige Zeit, um für ihre Kinder zu sorgen, ohne – wie heutzutage - im Erwerbsleben gegenüber den Männern Nachteile zu bekommen. Für die Männer eröffnet sich die Chance, sich nicht mehr allein auf das stressige Berufsleben zu fixieren und die Verantwortung für den Lebensunterhalt der Familie allein tragen zu müssen, sondern ein vielfältigeres erfülltes Leben mit wechselnden Aufgabenbereichen führen zu können.

Wenn einer der beiden Partner Rentner wird, müsste ein anderes Anspruchsverhältnis gegenüber dem Staat begründet werden. Während die Erwerbsfähigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben und noch nicht in Rente sind, vorrangig für ihren Lebensunterhalt selbst verantwortlich sind, spricht viel dafür, für die Rentner ein individuelles Anrecht auf finanzielle Grundsicherung durch den Staat zu schaffen, das zumindest den nötigen Lebensunterhalt absichert. Falls die Rente geringer ist als ein festzulegendes Grundeinkommen für Rentner, würde der Staat Zuschüsse zahlen. Das „Partner-Splitting“ entfällt dann bei dieser Form der Grundsicherung, da die Rentner ja – wie die Kinder und Jugendlichen, die bei dem Steuersplitting auch außen vor bleiben - eigenständige Ansprüche an den Staat besitzen. Falls einer der Partner noch erwerbstätig ist, würde er steuerlich wie ein Alleinlebender behandelt werden, mit hohen Steuern während der Erwerbsphase und Steuerrückzahlungen während der Unterbrechungszeiten.

4.4 Soziale Netzwerke stärken

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gilt es nicht nur, die Eigenverantwortung in Familie und Partnerschaft zu stärken, sondern auch weitergehende Zusammenschlüsse von Menschen zu gegenseitiger Unterstützung zu fördern. Insbesondere Wohngemeinschaften (mit drei oder mehr Erwachsenen), die man nach dem berühmten Roman von Johann Wolfgang von Goethe als „Wahlverwandtschaften“ bezeichnen könnte, könnten in einer Halbtagsgesellschaft eine Vorbildfunktion für solidarisches Verhalten übernehmen und gleichzeitig eine wichtige selbstständige Aktionseinheit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bilden. In einer zukunftsfähigen Gesellschaft sollten sie daher gesellschaftlich wesentlich aufgewertet werden.

Natürlich müsste der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft auch über Familien und Wohngemeinschaften hinaus gefördert werden. Erst mit einem engmaschigen sozialen Netzwerk, das von Bürgerinnen und Bürgern eigenverantwortlich geknüpft wird, ist es möglich, dem unbezahlten sozialen Engagement eine geeignete Plattform zu geben. Alleinstehende, Familien, Partnerschaften und Wohngemeinschaften sollten als gesellschaftliche Akteure nicht nur auf sich selbst angewiesen sein, sondern mit Hilfe von Freundeskreisen, Nachbarschaften, durch Stadtteilinitiativen oder dörfliche Zusammenschlüsse rechnen können (siehe Dahm, Scherhorn 2008). Erst diese freiwillige gegenseitige Hilfe schafft eine lebensfähige, solidarische Zivilgesellschaft.²¹

Staatliche Institutionen können diesen Zusammenhalt nicht bieten. In seiner Sozialenzyklika *Deus caritas est* (Gott ist die Liebe) begründet dies Benedikt XVI in folgender Weise: „Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung. Nicht den alles regelnden und beherrschenden Staat brauchen wir, sondern den Staat, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip großzügig die Initiativen anerkennt und unterstützt, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften aufsteigen und Spontaneität mit Nähe zu den hilfsbedürftigen Menschen verbinden (Benedikt XVI 2006, Abschnitt 28b)“.

Oswald von Nell-Breuning stellt dem Konzept eines Wohlfahrtsstaates, der versucht, die eigenen Kräfte der Gemeinschaft im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu stärken, das Konzept eines Versorgungsstaates gegenüber, der den Bürgern die Sorge für ihr Wohl weitgehend abnimmt: „Der Versorgungsstaat drängt seine Fremdhilfe oder diejenige irgendwelcher öffentlicher Einrichtungen und Anstalten auf, wo Selbsthilfe des einzelnen oder Selbsthilfe in Gemeinschaft alles Erforderliche leisten könnte. Auf diese Weise drängt er die eigene Tätigkeit zurück, hindert die Menschen daran, ihre eigenen Kräfte zu regen und in der verantwortungsbewussten Betätigung ihrer Kräfte zu wachsen und zu reifen. Darum ist die Hilfe, die der Versorgungsstaat gewährt, keine echte Hilfe, sondern das Trugbild einer Hilfe; dies umso mehr, als der Staat ja doch alles, was er austeilt, zuvor seinen Bürgern abnehmen muss - sehr oft sogar genau den gleichen, an die

²¹ Zu der Bedeutung sozialer Netzwerke siehe auch Bourdieu 1992; Beck 2000b; Heinze, Strünck 2000.

er es mit der Gebärde des großzügigen und edelmütigen Wohltäters wieder austeilt (Nell-Breuning 1990, S. 129).“

In welcher Weise könnte der Staat aber im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Solidargemeinschaften der Bürgerinnen und Bürger unterstützen? Es wird vorgeschlagen, dass mehrere Erwachsene, die zusammen in einem Haushalt leben und wirtschaften, in gleicher Weise wie Partnerschaften die Möglichkeit erhalten, die Steuerlast auf alle Mitglieder zu verteilen. Mit diesem „Haushalts-Splitting“ wäre es möglich, dass ein Teil der Mitglieder einer Wohngemeinschaft erwerbstätig ist und der andere Teil sich unbezahlt, bzw. nur gegen Zeitgutschriften vergütetem sozialen Engagement widmen kann. Auf diese Weise könnten z.B. Alleinerziehende zusammenziehen, um gemeinsam Kinder zu betreuen und gleichzeitig weiterhin erwerbstätig sein zu können. Ausgenommen wären von diesen Möglichkeiten des Steuer-Splittings wieder Kinder, Jugendliche und Rentner, die in diesen Haushalten wohnen. Sie sollten bereits durch ein Grundeinkommen abgesichert sein.

Der Staat sollte auf allen seinen Ebenen vom Bund bis zur Gemeinde das Konzept der Bürgernähe wieder stärker umsetzen.²² Es wäre nötig, dass die staatlichen Institutionen ein verstärktes soziales Engagement der Bevölkerung mit seinen verschiedenen Formen von Bürgerinitiativen und Selbsthilfeeinrichtungen unterstützen.

Dazu würde vor allem eine Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden beitragen. Vor allem die Verwaltungsreformen der Siebziger Jahre haben ohne Rücksicht auf die Bevölkerung lokale Netzwerke zerstört, die jetzt – wie bei der Rückführung von Bächen in ihren Naturzustand – wieder mühselig restauriert werden müssten. Durch das „Verscherbeln seines Tafelsilbers“ (sprich: Verkauf von Bahn und Post) hat der Staat wesentliche Mitschuld, wenn nun unter der Flagge der Kostenersparnis Infrastrukturen (Bahnstrecken mit intakten Bahnhöfen, Telefonzellen und Poststellen), die für das soziale Zusammenleben ebenso wie für eine zukunfts- und umweltorientierte Verkehrspolitik von besonderer Bedeutung sind, mehr und mehr zerstört werden.

In Orten, die jetzt reine Schlafstätten für Pendler geworden sind, müsste eine ausreichende soziale Infrastruktur erst wieder aufgebaut werden. Dazu gehören vor allem Dorfläden, die eine ländliche Grundversorgung mit Waren

²² Siehe Dahm, Scherhorn 2008.

und Dienstleistungen gewährleisten könnten.²³ Kernstück des Dorfladens könnte eine Bäckerei mit angeschlossenem Café sein, das gleichzeitig ein sozialer Treffpunkt bilden kann. Außerdem können Dorfläden z.B. Post- und Bankdienstleistungen anbieten und größere Bestellungen von Waren entgegennehmen, die dann von ehrenamtlich tätigen Dorfbewohnern in größeren Supermärkten der Region besorgt werden könnten.

Auch in kleineren Gemeinden sollte es Ansprechpartner für die Bürger geben, z. B. ehrenamtliche Bürgermeister. Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wären dezentrale Polizeiposten sinnvoll, die nicht nur mit dem Auto herumkurven, sondern zu Fuß durch ihr Viertel oder ihr Dorf auf Streife gehen und im Kontakt mit den ihnen anvertrauten Menschen bleiben. Die zunehmende Anonymisierung der Wohnverhältnisse heutzutage schafft natürlich Freiräume. Sie vergrößert gleichzeitig aber auch die Unsicherheit der Lebensumstände.

Zentralisierungs- und Anonymisierungstendenzen wären auch im Gesundheitswesen abzubauen. Die Rolle des Hausarztes als langjährigem Begleiter und Ratgeber seiner Patienten hat immer mehr an Bedeutung verloren.²⁴ Die Beratungs- und Vorsorgeaufgaben dieser Ärzte sollten deshalb wieder viel stärker honoriert werden. Dazu wäre allerdings auch nötig, dass schon die ärztliche Ausbildung neben den schulmedizinischen Fächern Unterricht über psychosomatische Zusammenhänge und alternative Behandlungsformen (z.B. der Homöopathie) umfasst. Würde sich die ärztliche Tätigkeit stärker auf die Beratung über gesunde Lebensführung und die Begleitung der Patienten bei gesundheitsfördernden Aktivitäten konzentrieren, könnten nicht nur das Gesundheitsniveau der Bevölkerung wesentlich erhöht, sondern gleichzeitig auch die Kosten des Gesundheitswesens wesentlich gesenkt werden.

Für die Missstände im Krankenhauswesen ist die Kritik, die Oswald von Nell-Breuning bereits 1987 äußerte, auch heutzutage in gleichem, wenn nicht sogar verstärktem Maße berechtigt: „Keine noch so hohe Technisierung und organisatorische Rationalisierung des Krankenhauses können daran etwas

²³ Inzwischen gibt es bereits ein Dorfladen-Netzwerk in Deutschland, vom Dorfladen Otersen wurde 2008 ein Handbuch zur „Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum“ herausgegeben.

²⁴ Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Köhler, äußerte in einem Interview am 5. Juni 2012: „Ärzte brauchen wieder Freiräume, um für ihre Patienten da sein zu können. Das Motto muss lauten: versorgen statt verwalten (Wiesbadener Kurier, 6. Juni 2012, S.1).“

ändern, dass der Schwerkranke, der Sterbende einen Menschen braucht, der bei ihm ist und bei ihm ausharrt, bis die schlaflose Nacht überstanden oder der letzte Atemzug getan ist. Wenn dies im heutigen hochtechnisierten Krankenhaus nicht mehr oder nur in unzureichendem Maße geleistet wird, dann bedeutet das keine höhere Produktivität der Arbeit, sondern einen wesentlichen Mangel an geschuldetem Dienst, eine beklagenswerte Fehlleistung ... In allen Sozialberufen ist die *Zeit*, die der Sozialarbeiter seinen Schutz- oder Fürsorgebefohlenen widmet, ebenso wichtig, nicht selten wichtiger als alles andere, was er für sie tut oder tun kann. Auch einen Menschen nur anzuhören braucht Zeit (Nell-Breuning 1987, S. 54f).“ Eine aktuelle Beschreibung des „Tatorts Krankenhaus“ gibt Udo Ludwig (siehe Ludwig 2008). Eine sehr zu unterstützende Gegenbewegung hat zur Einrichtung von Hospizen geführt, in denen die Sterbenden in persönlicher Anteilnahme bis zu ihrem Tod begleitet werden.

4.5 Kleine und mittlere Unternehmen der Region unterstützen

Erfolgreiche soziale Netzwerke setzen auch eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen voraus, die auf vielfältige Weise unterstützt werden sollten. Dies könnte dadurch am besten geschehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten regionale Produkte bevorzugen. Ähnlich wie der Staat gleichzeitig über Arbeitslosigkeit jammert und seine eigenen Arbeitsplätze vernichtet, sorgen sich die Bürger um ihre Arbeitsplätze, bevorzugen aber meist ohne Bedenken billigere importierte Produkte. Die Konsumenten sollten sich darüber klar sein, dass sie mit dem Kauf von einheimischen Produkten auch letztlich ihre eigenen Arbeitsplätze sichern.

Die Verödung von Dörfern und Stadtteilen hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die kleinen Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe wirtschaftlich nicht mehr überleben konnten. Vor jeder Wahl streichen die Politiker aller Parteien die Bedeutung einer erfolgreichen Mittelstandspolitik heraus. Trotzdem setzt sich seit Jahrzehnten das Sterben des Mittelstandes ungebrochen fort. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit mussten Millionen von selbstständigen Betrieben häufig nach langen Kämpfen der Eigentümer und jahrelanger Selbstausschöpfung schließen.

Hier müssten durch Bürgerinitiativen in mühseliger Arbeit Infrastrukturen wieder hergestellt werden, die früher selbstverständlich waren. Eine Partnerschaft und nicht ein Konkurrenzverhältnis von unbezahlter Arbeit mit regionalen Betrieben sollte ein wichtiges Element einer solidarischen

Gesellschaft sein. Die Förderung von lokalen Märkten und von Direktverkäufen der Fabriken könnte dabei ein wichtiger Ansatzpunkt sein. Eine Unterstützung des Absatzes von regionalen Produkten durch ehrenamtliche Arbeit, z.B. durch Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und Fahrgemeinschaften zu den Produzenten, wäre ein weiteres Beispiel.

Die staatliche Förderung des ökologischen Landbaus und das gestiegene Bewusstsein der Bevölkerung für gesunde Ernährung haben bereits wichtige Fortschritte bei der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe bewirkt. Ökologisch und gleichzeitig sozial bewusste Konsumenten kaufen verstärkt nur die Produkte, die in den verschiedenen Jahreszeiten angeboten werden und verzichten auf Erdbeeren aus Israel oder Äpfel aus Neuseeland. Wesentliche Hilfe für die kleinen ländlichen Betriebe kann auch durch einen Urlaub auf dem Bauernhof oder in ländlichen Pensionen geleistet werden. Derartige Urlaubsformen haben nicht nur eine wesentlich günstigere Ökobilanz als Fernreisen, sie tragen auch in besonderem Maße zum Erhalt kleinräumlicher Wirtschaftsformen bei.

Staatliche, marktkonforme Hilfe für regionale Produkte könnte vor allem durch eine wesentlich höhere Besteuerung des Transports von Gütern geleistet werden. Vor allem die fehlenden Steuern auf Flugtreibstoffe haben zu weit reichenden Fehlentwicklungen geführt. Der Transport über Kontinente ist so billig geworden, dass nicht nur erhebliche ökologische Schäden durch die Schadstoffemissionen der Flugzeuge entstehen, sondern auch die einheimischen Betriebe durch die verfälschten Konkurrenzverhältnisse um ihre Existenz kämpfen müssen.

Es wird heutzutage so viel über die Folgen der Globalisierung gejammert. Gleichzeitig wird aber alles getan, um die Handelshemmnisse weiter abzubauen und den großen Unternehmen immer bessere Möglichkeiten zu geben, Arbeitsstätten, Produkte und Finanzmittel ungehemmt zwischen den Ländern hin und her zu schieben. Dazu hat auch der europäische Binnenmarkt beigetragen. So sehr eine politische Integration in Europa im Interesse eines langfristigen Friedens zu begrüßen ist, so kritisch müssen die sozialen und ökologischen Folgen eingeschätzt werden. Zwar wird das Subsidiaritätsprinzip auch auf europäischer Ebene immer wieder als wichtiges Ziel der europäischen Gemeinschaft propagiert, die Praxis sieht aber häufig ganz anders aus (siehe Lecheler 1993).

Mit einer viel stärkeren Regionalisierung der Güterströme erscheint es realistisch, die anspruchsvollen ökologischen Ziele zu erreichen, die in Abschnitt 2 dieses Beitrages angesprochen wurden. Gehen wir wieder von den Verhältnissen am Anfang der sechziger Jahre aus, so wären Güterbewegungen innerhalb von Deutschland mindestens auf etwa die Hälfte zu reduzieren, bei grenzüberschreitenden Güterströmen sogar auf ein Drittel. Produzent und Abnehmer würden dann wieder räumlich näher zusammenrücken und der berühmte Joghurtbecher müsste nicht mehr seine Odyssee durch Deutschland antreten.²⁵

Güter, die nicht durch Regionalprodukte ersetzt werden könnten, stammen überwiegend aus Entwicklungsländern. Hier sollte zumindest darauf bestanden werden, dass faire Preise bezahlt werden, die eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in den Herkunftsländern ermöglichen.

4.6 Motorisierte Mobilität verringern

Die kleinräumliche Orientierung bei sozialen Kontakten müsste im Rahmen einer umweltverträglicheren Wirtschafts- und Lebensweise durch wesentliche Änderungen unseres Mobilitätsverhaltens begleitet werden.

Wenn wir uns wieder die Verhältnisse am Anfang der 60er Jahren als Zielgrößen vorgeben, so müssten im Interesse einer Verringerung unseres Energieverbrauchs und der damit verbundenen Luftverschmutzung unsere Fahrleistungen im motorisierten Verkehr wieder auf etwa ein Drittel gesenkt werden. Das bedeutet vor allem, dass wir in der Freizeit und während des Urlaubs möglichst das Auto stehen lassen und dafür das Fahrrad benutzen bzw. einfach zu Fuß gehen. Damit wäre eine Entschleunigung unseres Lebensstils verbunden, die sicherlich längerfristig unsere Lebensqualität eher verbessern dürfte.

Für größere Entfernungen müsste ein attraktives öffentliches Verkehrsnetz mit Bahn und Bussen zur Verfügung stehen, der Flugverkehr auf das unbedingt Nötige eingeschränkt werden (siehe hierzu Petersen, Schallaböck 1995). Längerfristig wäre es nötig, dass Arbeitsplatz und Wohnung wieder stärker zusammenrücken, um den berufsbedingten Pendlerverkehr zu

²⁵ „Bis ein Fruchtjoghurt im Supermarkt landet, reisen die Zutaten durch halb Europa. Die Erdbeeren stammen aus Polen, die Bakterien aus Schleswig-Holstein, die Alu-Deckel aus dem Rheinland. Alle Zutaten zusammen haben satte 9115 Kilometer zurückgelegt, bis sie im Joghurtbecher in Hamburg im Supermarkt stehen, errechnete Stefanie Böge vom Wuppertal Institut bereits vor gut 15 Jahren (Hamburger Abendblatt, 7. 6. 2012).“

vermindern. Durch moderne Kommunikationsmittel (z.B. elektronische Post) könnten Fahrten zum Arbeitsplatz reduziert werden: Der Bildschirm-Arbeitsplatz könnte in zunehmendem Maße in der eigenen Wohnung installiert werden, ohne dass der Kontakt mit Teamkollegen oder dem Auftraggeber abreißt.

Eine Verminderung der motorisierten Mobilität könnte auch dadurch erreicht werden, dass zur gleichen Zeit nur etwa die Hälfte der Erwerbsfähigen erwerbstätig ist und zum Arbeitsplatz pendelt, während die andere Hälfte am Wohnort verbleibt und dort soziale Aufgaben übernimmt. Dazu gehört - wie bereits beschrieben - die Betreuung von eigenen und fremden Kindern, ebenso wie die Pflege von älteren hilfsbedürftigen Menschen vor Ort. Gerade die ländlichen Räume bieten aber auch eine Vielfalt von weiteren Aufgaben, die nur durch freiwilliges soziales Engagement erfüllt werden könnten. Sie könnten dazu führen, die Lebensqualität der Bewohner ländlicher Gebiete zu steigern, gleichzeitig aber auch das motorisierte Verkehrsaufkommen zu verringern.

Die verbleibenden Pendler könnten sich verstärkt zu Fahrgemeinschaften zusammenschließen. Im Sinne einer solidarischen Gesellschaft wäre es anzustreben, dass Autofahrer andere Personen, die etwas zu besorgen haben oder Besuche in anderen Orten machen wollen, als „Anhalter“ mitnehmen würden. In Heidelberg und anderen Städten Deutschlands haben sich Ende der 60er Jahre die „Rote-Punkt-Aktionen“ sehr bewährt. Autofahrer, die bereit waren, andere Personen mitzunehmen, klebten einen roten Punkt an die Windschutzscheibe und konnten dann von Passanten am Wegrand angehalten werden. Diese Aktionen, die leider nach Beendigung des Streiks gegen Preiserhöhungen beim öffentlichen Nahverkehr wieder beendet wurde, hatten erstaunlich positive Folgen und schufen eine spontane Solidarität zwischen den Verkehrsteilnehmern. Natürlich müssten bei der Wiedereinführung derartiger Aktionen auf breiter Basis Probleme des Versicherungsschutzes für die mitgenommenen Personen gelöst werden.

4.7 Berufliche und soziale Kompetenzen verbessern

Um das hier vorgestellte Modell einer solidarischen Teilung der Erwerbsarbeit als wichtiges Ziel einer solidarischen Gesellschaft zu realisieren, ist es nicht allein nötig, dass die gezahlten Lohnsätze pro Arbeitsstunde die nötige Höhe für einen ausreichenden Lebensstandard erreichen. Eine zweite wichtige Bedingung besteht darin, dass die

erwerbsfähigen Menschen, die sich die Arbeit untereinander aufteilen, auch über entsprechende berufliche Qualifikationen verfügen.

Die Ergebnisse der Zeitbudgeterhebungen haben gezeigt, dass die hochqualifizierten Erwerbstätigen im Durchschnitt einen besonders langen Arbeitstag haben. Sollten sie ihre Erwerbsarbeitszeiten wesentlich reduzieren, so stellt sich die Frage, ob es überhaupt genügend Erwerbslose gibt, die über die nötigen Qualifikationen verfügen und hier einspringen können. Gerade bei der stillen und stillsten Reserve des Arbeitsmarkts handelt es sich häufig um Geringqualifizierte, die von der rasanten Entwicklung der Anforderungen an ihre möglichen Arbeitsplätze überrollt wurden. Es öffnet sich hier also eine Schere, die nur langfristig durch eine Bildungsoffensive mit erheblichen zusätzlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geschlossen werden könnte. Wie insbesondere durch die PISA-Studien der OECD bekannt wurde, besteht gerade im deutschen Bildungswesen erheblicher Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern. Eine solidarische Arbeitsteilung unter den Erwerbsfähigen würde die Anforderungen noch weiter steigern.

Untersuchungen wie die PISA-Studien haben auch gezeigt, dass in der schulischen Ausbildung viel zu wenig Wert auf die Stärkung sozialer Kompetenzen gelegt wird. In einer Gesellschaft, die auf das soziale Engagement aller Bürgerinnen und Bürger einen besonderen Wert legt, sollte bereits die Schule und dann auch weiterführende berufliche Ausbildungswege einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermittlung der dafür nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten legen. Um diesen weiter gefassten Begriff von Bildung zu bezeichnen, wurde in Abgrenzung zu dem auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichteten Humankapital der Begriff des Humanvermögens vorgeschlagen (siehe Kaufmann, Stahmer 2007).

Mit dem angestrebten breiteren Ansatz käme auch der Allgemeinbildung wieder ein größerer Stellenwert zu.²⁶ Natürlich müssten im Rahmen der abgestrebten beruflichen Kompetenzen entsprechende spezielle Kenntnisse erworben werden. Trotzdem sollte das Ziel eines „Studium Generale“, wie es besonders in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts propagiert wurde, wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen in einer solidarischen Gesellschaft mehr „Generalisten“, die über den Tellerrand ihrer

²⁶ Siehe hierzu auch die Ausführungen von Fritz Reheis in seinem Buch *Bildung contra Turboschule* (Reheis 2007).

Spezialdisziplin hinausschauen können. Anders lassen sich die vielfältigen Aufgaben, die sich im freiwilligen sozialen Engagement stellen, nicht bewältigen. Eine breite Allgemeinbildung würde auch dazu beitragen, dass wir die vorherrschende Ökonomisierung unseres Lebens zunächst begreifen und dann in der Lage sind, sie zu überwinden.

Nicht nur für die Schüler stellen sich neuartige Anforderungen, die auf alten Bildungsidealen fußen. Auch für die Lehrer eröffnen sich Aufgaben, die sie in früheren Zeiten wie selbstverständlich erfüllt haben. Dazu gehört vor allem, dass den Lehrern beim Aufbau von regionalen sozialen Netzwerken wieder eine stärkere Rolle zukommen sollte. Die Zentralisierung des Schulwesens mit seinen Pendlerströmen von Schülern sollte so weit wie möglich wieder rückgängig gemacht werden. Die Schließung von Dorfschulen hat einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Verarmung der ländlichen Gemeinden und zu einer Anonymisierung des Bildungsbetriebs beigetragen. Darunter hat auch die direkte Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern gelitten, die im Interesse der Kinder und ihrer Entwicklung besonders wichtig ist.

Auch die nötige Traditionspflege hat gelitten. Die Lehrer, die in den Dorfschulen oft geradezu die Experten für Ortsgeschichte und Traditionen waren, können diese kulturelle Aufgabe in dem zentralisierten Schulsystem nicht mehr wahrnehmen, der Heimatkundeunterricht wird mehr oder weniger durch einen standardisierten Sachkundeunterricht abgelöst. Natürlich lockert sich auch dadurch bei den Kindern der gefühlsmäßige Bezug zur Heimat. Durch die Nazi-Ideologie wurde wie vieles auch der Begriff Heimat missbraucht und blieb lange Zeit verpönt. Wie der Begriff der Tradition erlebt er aber zurzeit eine aus meiner Sicht nötige Rehabilitierung (siehe z. B. Türcke 2006 und Schmitt-Roschmann 2010).

Natürlich sollte sich ein Fach Heimatkunde auch mit der Geschichte der Region beschäftigen, in der die Schüler aufwachsen. Noch wichtiger wären allerdings umfassende soziale und ökologische Kenntnisse über die gegenwärtige Situation der Region und ihre absehbare zukünftige Entwicklung. Durch Praktika und Projektarbeiten könnten diese Kenntnisse bei den Schülern weiter vertieft werden. Auf diese Weise könnten ihnen für ihr späteres freiwilliges soziales und ökologisches Engagement in regionalen sozialen Netzwerken bereits in der Schulzeit erste Anregungen gegeben werden.

5. Ausblick: Freundschaftlicher Zusammenhalt

Dieser Beitrag sollte verdeutlichen, welcher großer Diskussionsbedarf noch besteht, wenn wir über eine mögliche zukünftige solidarische Gesellschaft nachdenken. Sicher erscheint nur, dass der soziale Zusammenhalt in einer solidarischen Gesellschaft nur auf der Grundlage eines freiwilligen sozialen Engagements entstehen kann. Die nötigen sozialen Netzwerke können heutzutage nur fern von allem gesellschaftlichen Druck durch „Wahlverwandtschaften“ gleichgesinnter Menschen entstehen. Dazu muss es uns gelingen, die noch immer fortschreitende Ökonomisierung unserer Gesellschaft zu stoppen und durch geeignete Rückzüge und Rückblicke neue zeitliche Freiräume zu gewinnen. Erst dann eröffnen sich Chancen für echte gesellschaftliche Fortschritte, die sich nicht mehr an dem Fetisch des Wirtschaftswachstums orientieren.

Solidarität und der Zuspruch im gleichgesinnten Freundeskreis könnten uns die nötige Kraft geben, diese gesellschaftlichen Ziele gemeinsam zu verfolgen. Zur Ermutigung sei zum Abschluss dieses Beitrages das folgende Gedicht von Goethe zitiert, das er für seine Freunde (und Freundinnen) als Dank für die Glückwünsche zu seinem 77. Geburtstag am 28. August 1826 geschrieben hat (Goethe 1992, S. 186):

Am acht und zwanzigsten August 1826

*Des Menschen Tage sind verflochten,
Die schönsten Güter angefochten,
Es trübt sich auch der freiste Blick;
Du wandelst einsam und verdrossen,
Der Tag verschwindet ungenossen
In abgesondertem Geschick.*

*Wenn Freundes Antlitz dir begegnet,
So bist du gleich befreit, gesegnet,
Gemeinsam freust du dich der Tat.
Ein Zweiter kommt, sich anzuschließen,*

*Mitwirken will er, mitgenießen;
Verdreifacht so sich Kraft und Rat.*

*Von äußerem Drang unangefochten,
Bleibt, Freunde, so in Eins verflochten,
Dem Tag gönnet heitern Blick!
Das Beste schaffet unverdrossen;
Wohlwollen unsrer Zeitgenossen,
Das bleibt zuletzt erprobtes Glück.*

Literaturverzeichnis

Altvater, Elmar und Nicola Sekler (Hrsg.) (2006): *Solidarische Ökonomie*, Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac, VSA-Verlag: Hamburg.

Altvater, Elmar, Frigga Haug, Oskar Negt u.a. (1997): *Turbokapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert*. VSA-Verlag: Hamburg.

Assmann, Aleida (1999): *Zeit und Tradition – Kulturelle Strategien der Dauer*, Beiträge zur Geschichtskultur (hrsg. v. Jörn Rüsen), Band 15, Köln – Weimar - Wien.

Auerochs, Bernd (2004): Tradition als Grundlage und Präfiguration von Erfahrung, in: Friedrich Jäger und Burkhard Liebsch (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaft, Bd.1 Grundlagen und Schlüsselbegriffe*, Stuttgart - Weimar, S.24 – 37.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp: Frankfurt a.M.

Beck, Ulrich (Hrsg.) (2000a): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Edition Zweite Moderne, Suhrkamp: Frankfurt a.M.

Beck, Ulrich (2000b): Die Seele der Demokratie – Bezahlte Bürgerarbeit. In: Beck 2000a, S. 416 – 448.

Benedikt XVI. (2006): *Gott ist die Liebe (Deus caritas est)*, Enzyklika, Rom, im Internet verfügbar.

Benjamin, Walter (1961): *Illuminationen*, Die Bücher der Neunzehn, Band 78, Suhrkamp: Frankfurt a.M.

Biesecker, Adelheid und Uta von Winterfeld (2000): Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Beck 2000a, S.269 – 286.

Birnbacher, Dieter (1986) (Hrsg.): *Ökologie und Ethik*, Universalbibliothek Nr. 9983, Reclam: Stuttgart.

Böhm, Rainer (2012): Die dunkle Seite der Kindheit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. April 2012, S. 7.

Bourdieu, Pierre (1992): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, VSA-Verlag: Hamburg, S. 49 – 80.

Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*, Suhrkamp: Frankfurt a.M..

Brandl, Sebastian und Eckart Hildebrandt (2002): *Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit – Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte*, Leske + Budrich: Opladen.

BUND, Misereor (Hrsg.) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Birkhäuser: Basel - Boston - Berlin.

BUND, Brot für die Welt (Hrsg.) (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Fischer Taschenbuch Nr. 17892, Fischer: Frankfurt a.M.

Dahm, Daniel und Gerhard Scherhorn (2008): *Urbane Subsistenz – Die zweite Quelle des Wohlstands*, ökom: München.

DER SPIEGEL (1996): Der Edelkonsum siegt sich zu Tode - der Überdruss am Überfluß. *DER SPIEGEL*, 16.12.1996, 102 - 106.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (2005): *Zeit ist Leben – Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik*, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen (im Internet verfügbar).

EKD, DBK – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz (1997): *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, eingeleitet und kommentiert von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp, Bernward bei Don Bosco: München.

Enzensberger, Hans Magnus (1962): Bewusstseins-Industrie, in: Hans Magnus Enzensberger, *Einzelheiten*, Suhrkamp: Frankfurt a.M., S.7 – 15.

Enzensberger, Hans Magnus (1996): Reminiszenzen an den Überfluss. Der neue und der alte Luxus. In *DER SPIEGEL*, 16.12.1996, 108 - 118.

Erhard, Ludwig (1988): *Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften*, hrsg. von Karl Hohmann, Econ: Düsseldorf, Wien, New York.

Galbraith, John Kenneth (1998): *Die solidarische Gesellschaft* (Übers. von *The Good Society*), Hoffmann und Campe: Hamburg.

Giegold, Sven und Dagmar Embshoff (Hrsg.) (2008), *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*, VSA-Verlag: Hamburg.

Goethe, Johann Wolfgang (1988): *Wirkungen der Französischen Revolution 1791 – 1797*, Münchener Ausgabe, Band 4.1, Hanser: München.

Goethe, Johann Wolfgang (1991): *Briefwechsel zwischen Goethe und Zelter in den Jahren 1799 bis 1832*, Münchener Ausgabe, Band 20.1 Briefe 1799 - 1827, Hanser: München.

Goethe, Johann Wolfgang (1992): *Die Jahre 1820 – 1826*, Münchener Ausgabe, Band 13.1, Hanser: München.

Gorz, André (1989): *Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*, Rotbuch: Berlin.

Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck, Suhrkamp: Frankfurt a. Main.

Hartard, Susanne, Axel Schaffer und Carsten Stahmer (Hrsg.)(2006): *Die Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft*, Nomos: Baden-Baden.

Heimbach-Steins, Marianne (Hrsg.) (2004, 2005): *Christliche Sozialethik – ein Lehrbuch*, Band 1 *Grundlagen* (2004), Band 2 *Konkretionen* (2005), Friedrich Pustel: Regensburg.

Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (1986): *Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik?*, Westdeutscher Verlag: Opladen.

Heinze, Rolf G. und Christoph Strünck (2000): *Die Verzinsung des sozialen Kapitals – Freiwilliges Engagement im Strukturwandel*. In: Beck 2000a, S. 171 – 216.

Hentig, Hartmut von (2006): *Bewährung – Von der nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein*, Hanser: München.

Horkheimer, Max (1985): *Gesammelte Schriften Band 7: Vorträge und Aufzeichnungen 1949 – 1973*, Fischer: Frankfurt a. M.

I Ging (1993): *Das Buch der Wandlungen*. Aus dem Chinesischen übertragen und herausgegeben von Richard Wilhelm (Erstausgabe 1923). Eugen Diederichs: München.

Kaufmann, Franz – Xaver und Carsten Stahmer (2008): Stiefkind Humanvermögen, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.12.2007, S. 8.

Kennedy, Margrit und Bernard A. Lietaer (2004): *Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann: München.

Kerber, Walter (1995): Solidaritätsprinzip, in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 9, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, Spalten 1015 – 1017.

Koselleck, Reinhart (1975). Fortschritt, in: O.Brunner, W.Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Historische Grundbegriffe*, Band 2, S. 351 - 423.

Koselleck, Reinhart und Christian Meyer (1975): Fortschritt, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Historische Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Band 2, Klett-Cotta: Stuttgart, S. 351 – 423.

Kronauer, Ulrich (1999): Einleitung: Vom Nutzen und Nachteil des Mitleids, in: Ulrich Kronauer (Hrsg.), *Vom Mitleid*, Insel taschenbuch 2503, Insel: Frankfurt a. M., S. 9 – 43.

Laotse (1996): *Tao te King. Das Buch vom Sinn und Leben*. Übersetzt und mit einem Kommentar von Richard Wilhelm, Diederichs Gelbe Reihe DG 19. Eugen Diederichs Verlag München.

Lecheler, Helmut (1993): *Das Subsidiaritätsprinzip – Strukturprinzip einer europäischen Union*, Soziale Orientierung Bd.8, Duncker&Humblot: Berlin.

Ludwig, Udo (2008): *Tatort Krankenhaus – Wie Patienten zu Opfern werden*, SPIEGEL – Buch, Deutsche Verlags – Anstalt: München.

Mann, Thomas (1964, Originalausgabe 1933 bis 1943): *Joseph und seine Brüder*, Fischer: Frankfurt a.M.

Mong Dsi (1994): *Die Lehrgespräche des Meisters Meng Ko*, übersetzt von Richard Wilhelm, Diederichs Gelbe Reihe DG 42, Eugen Diederichs: München.

Nell-Breuning, Oswald von (2. Auflage 1985): *Gerechtigkeit und Freiheit – Grundzüge katholischer Soziallehre*, Olzog: München.

Nell-Breuning, Oswald von (3. Auflage 1987): *Arbeitet der Mensch zu viel?* Herder: Freiburg i.B. – Basel – Wien.

Nell-Breuning, Oswald von (1990): *Baugesetze der Gesellschaft – Solidarität und Subsidiarität*, Herder: Freiburg i.B. – Basel – Wien.

Niederer, Arnold (1993): *Alpine Alltagskultur zwischen Beharrung und Wandel. Ausgewählte Arbeiten aus den Jahren 1956 bis 1991*. Hrsg. von Klaus Anderegg und Werner Bätzing. Paul Haupt: Bern - Stuttgart - Wien.

Offe, Claus und Rolf G. Heinze (1990): *Organisierte Eigenarbeit – Das Modell Kooperationsring*, Campus: Frankfurt a.M., New York.

Otto, Ulrich (1995): *Senioren-genossenschaften – Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik?*, Leske + Budrich: Opladen.

Petersen, Rudolf und Karl Otto Schallaböck (1995): *Mobilität für Morgen, Chancen einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik*, Birkhäuser: Berlin, Basel, Boston.

Pfister, Christian (Hrsg.) (1995): *Das 1950er Syndrom, Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Paul Haupt: Bern – Stuttgart - Wien.

PRGF – Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006): *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, Herder: Freiburg i.B. – Basel – Wien.

Rapp, Friedrich (1992): *Fortschritt - Entwicklung und Sinngehalt einer philosophischen Idee*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

Reheis, Fritz (2007): *Bildung contra Turboschule!- Ein Plädoyer*, Herder: Freiburg im Breisgau.

Reheis, Fritz (2008): *Die Kreativität der Langsamkeit. Neuer Wohlstand durch Entschleunigung*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, 3. erweiterte Auflage (1. Auflage 1996).

Richter, Horst E. (1974): *Lernziel Solidarität*, Rowohlt: Reinbek b. Hamburg.

Ritter, Joachim (1972): Fortschritt, in Joachim Ritter (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 2, Schwabe: Basel, Spalten 1032 - 1059

Rousseau, Jean-Jacques (1978): *Schriften*. Band 1, hrsg. v. Henning Ritter, Hanser: München.

Rüsen, Jörn (2006): *Interview mit Mitgliedern des Agenda-Forums Essen*, Ratsbericht, <http://www.agenda-forum-essen.de/113.html> [25.11.2008].

Samson, Lothar (1980): Mitleid, in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 5, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, Spalten 1410 – 1416.

Schaffer, Axel und Carsten Stahmer (2005): Die Halbtagsgesellschaft – ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: *GAIA*, 3/2005, S. 229 – 239.

Schmidt-Bleek, Friedrich (1997): *Wie viel Umwelt braucht der Mensch? Faktor 10 – das Maß für ökologisches Wirtschaften*, dtv 30580, Deutscher Taschenbuch Verlag: München.

Schmitt-Roschmann, Verena (2010): *Heimat. Neuentdeckung eines verpönten Gefühls*, Gütersloher Verlagshaus: Gütersloh.

Sikora, Joachim und Günter Hoffmann (2001): *Version einer Gemeinwohl-Ökonomie auf der Grundlage einer komplementären Zeit-Währung*, Katholisch-Soziales Institut: Bad Honnef.

Snell, Bruno (1955): *Die Entdeckung des Geistes – Studien zur Entstehung des europäischen Denkens bei den Griechen*, Claassen: Hamburg.

Spangenberg, Joachim (Hrsg.) (2003): *Vision 2020 – Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*, ökom: München.

Spitz, René A. (1987, Originalausgabe 1965): *Vom Säugling zum Kleinkind – Naturgeschichte der Mutter-Kind-Beziehungen im ersten Lebensjahr* (englischer Originaltitel *The First Year of Life – A Psychoanalytic Study of Normal and Deviant Development of Object Relations*), Klett-Cotta: Stuttgart.

Stahmer, Carsten (2001): Verwehte Engel, in Susanne Hartard und Carsten Stahmer (Hrsg.), *Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft*, Band 2: *Bewertung von Nachhaltigkeitsstrategien*, Metropolis: Marburg. S. 57 – 90.

Stahmer, Carsten (2004): Zwei Wege zur Nachhaltigkeit, in: Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner (Hrsg.) (2004): *Erhalten durch Gestalten – Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie*, Peter Lang: Frankfurt a.M. u.a., S.305 - 328.

Stahmer, Carsten (2006a): *Das Janus-Prinzip – Fortschritt durch Rücksicht*, unveröffentlichtes Buchmanuskript, im Internet unter www.carsten-stahmer.de

Stahmer, Carsten (2006b): *Halbtagsgesellschaft – Anregungen für ein sozial nachhaltiges Deutschland*, unveröffentlichter Aufsatz, Universität Bielefeld, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, im Internet verfügbar unter www.carsten-stahmer.de

Stahmer, Carsten (2009): Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Grundsicherung, in: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie Hrsg.), *Die Zukunft der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Drei Szenarien*, Wuppertal Papers Nr. 178, April 2009, S. 9 – 33, im Internet verfügbar unter http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP178.pdf. [12.Mai 2012]

Stahmer, Carsten (2010): Kulturelle Nachhaltigkeit – vom magischen Dreieck zum magischen Viereck?, in: Oliver Parodo, Gerhard Banse, Axel Schaffer (Hrsg.), *Wechselspiele. Kultur und Nachhaltigkeit*, edition sigma: Berlin, S. 59 – 78.

Stahmer, Carsten (2011a): Arbeitswertgeleitete Solidarwirtschaft, in: Internationale Forschungsgemeinschaft für Politische Ökonomie (2011): *EU am Ende? – Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft*, Verlag am Park: Berlin, S. 46 – 91.

Stahmer, Carsten (2011b): Modell einer Halbtagsgesellschaft mit Arbeitswerten und Ökosteuern, in: Internationale Forschungsgemeinschaft für Politische Ökonomie (2011): *EU am Ende? – Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft*, Verlag am Park: Berlin, S. 92 – 125.

Stahmer, Carsten (2011c): Das Gendermodell der Halbtagsgesellschaft, in: Djordje Pinter, Uwe Schubert (Hrsg.), *Wirtschaft – Gesellschaft – Natur, Ansätze zu einem zukunftsfähigem Wirtschaften*, Festschrift für Eberhard K. Seifert, Metropolis: Marburg, S. 337 – 366.

Stahmer, Carsten (2012): *Dynamisches Modellieren des Übergangs zu einer solidarischen Gesellschaft* (noch unveröffentlicht).

Tolstoi, Leo N. (1958, Originalausgabe 1899): *Auferstehung*, Winkler: München.

Türcke, Christoph (2006): *Heimat. Eine Rehabilitierung*, zu Klampen: Springe 2006.

Türcke, Christoph (2012): *Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur*, Beck: München.

Wanger, Susanne (2009): Erwerbsbeteiligung von Frauen – Mit halben Zeiten im Spiel, in: *IAB – Forum* 1/2009, S. 10 – 17.

Weizsäcker, Ernst-Ulrich von, Amory Lovins and Hunter Lovins (1996): *Faktor Vier, Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch*, Der neue Bericht an den Club of Rome, Droemer Knauer: München.

Weller, Ines (2004): *Nachhaltigkeit und Gender - Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*, ökom verlag: München.

Wildt, Andreas (1995): Solidarität, in: Joachim Ritter, Karlfried Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 9, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, Spalten 1004 – 1015.

Wilhelm, Hellmut (1995): *Sinn des I Ging* (Erstausgabe 1972). Diederichs Gelbe Reihe DG 12. Diederichs: München.